

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/

SSUNG

225

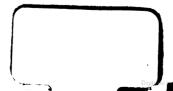




Ger 225,10



HARVARD COLLEGE LIBRARY



ø.

Verfassung

· p&q

deutschen Meiches,

nebft ben

Grundrechten des deutschen Bolles, beff Ginführungegesetze und dem Reichemablgesetze.

Befonders abgedruckt, nach ber amtl. Ausgabe, aus Dr. Nauch's parlament. Zaschenbuche
4. Liefetung.

> **Erlangen,** Palm'fche Verlagsbuchhandlung. 1849.

> > Digitized by Google

Gen 225.10

1869. July 23.

Ed. Janus 17

Sorohus tec
(46. 6.1826.)

Verfassung

Des

deutschen Reiches.

Erfter Abichnitt.

Reid.

Art. 1. S. 1. Das deutsche Reich besteht aus bem Gebiete bes bisherigen beutiden Bunbes.

Die Festsetung ber Berhaltniffe bes Bergogthums

Schleswig bleibt porpehalten.
S. 2. Sat ein beutsches Land mit einem nichtbeutichen kande dasselbe Staatsoberhaupt, so soll bas beutsche Kand eine von dem nichtbeutschen Kande getrennte eigene Versassung, Regierung und Verwaltung haben. In die Regierung und Verwaltung des deutschen Kan-

Die Reichsversassung und Reichsgeschung bat in einem folden beutiden Lande diesete verbindliche

Graft, wie in ben übrigen beutschen Kanbern.

Digitized by Google

S. S. hat ein beutsches Land mit einem nichtbeutsschen Lande baffelbe Staatsoberhaupt, so muß diefes entweder in seinem beutschen Lande residiren, oder es muß auf verfassungsmäßigem Wege in demselben eine Regentschaft niedergeseht werden, zu welcher nur Deuts

fche berufen werben durfen.

S. 4. Abgesehen von den bereits bestehenden Berbindungen deutscher und nichtdeutscher Lander soll kein Staatsoberhaupt eines nichtdeutschen Landes zugleich zur Regierung eines deutschen Landes gelangen, noch darf ein in Deutschland regierender Fürst, phne seine deutsche Regierung abzutreten, eine fremde Krone ansnehmen.

S. 5. Die einzelnen beutschen Staaten behalten ihre Selbstffandigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit diese nicht der Reichsge-

walt ausdrudlich übertragen find.

3weiter Abschnitt.

Die Reichsgewalt.

Art. 1. S. 6. Die Reichsgewalt ausschließlich ubt bem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Verstretung Deutschland's und der einzelnen deutschen Staasten aus.

Die Reichsgewalt stellt die Reichsgesandten und die Consuln an. Sie führt den diplomatischen Berkehr, schließt die Bündnisse und Berträge mit dem Auslands, namentlich quch die Handels- und Schiffsahrtsverträge,

so wie die Auslieferungsvertrage ab. Sie ordnet alle

bolterrechtliche Maagregeln an.

S. 7. Die einzelnen beutschen Regierungen haben nicht bas Recht, ftanbige Gefandte zu empfangen ober folche zu balten.

Much burfen biefelben teine befonderen Confuln Die Confuln frember Staaten erhalten ibr

Erequatur von ber Reichsgewalt.

Die Absendung von Bevollmächtigten an das Reiches oberhaupt ift ben einzelnen Regierungen unbenommen.

S. 8. Die einzelnen beutschen Regierungen find befugt, Bertrage mit anderen beutschen Regierungen ab-

aufchließen.

Ihre Befugniß zu Bertragen mit nichtbeutschen Regierungen beschrantt fich auf Begenftande bes Privatrechts, Des nachbarlichen Berfehre und ber Bolizet. S. 9. Alle Bertrage nicht rein privatrechtlichen

Inhalts, welche eine beutsche Regierung mit einer anberen beutschen ober nichtbeutschen abschließt, find ber Reichsgewalt zur Renntnignahme und, infofern bas Reichsintereffe babei betheiligt ift, gur Bestätigung porzulegen.

Art. 2. S. 10. Der Reichsgewalt ausschließlich

fteht bas Recht bes Rrieges und Friebens gu.

Art. 3. S. 11. Der Reichsgewalt fteht bie gefammte bewaffnete Macht Deutschland's gur Berfügung.

S. 12. Das Reichsheer besteht aus ber gefammten jum Zwede des Kriege bestimmten Landmacht der einzelnen beutschen Staaten. Die Stärke und Beschaffenbeit bes Reichsbeeres wird burch bas Gefet über bie Webrverfaffung bestimmt.

Diejenigen Staaten, welche weniger als' 500,000

Einwohner haben, find burch bie Reichsgewalt ju gedgeren militarischen Ganzen, welche bann unter ber unmittelbaren Leitung ber Reichsgewalt stehen, ju vereinigen, ober einem angrenzenden größeren Staate auguschließen.

Die näheren Bedingungen einer solchen Bereinigung find in beiben Fällen durch Bereinbarung ber bethelligeten Staaten unter Bermittelung und Genehmigung ber

Reichsgewalt festzustellen.

S. 13. Die Reichsgewalt ausschließlich hat in Betreff bes heerwesens die Gesetzgebung und die Organisation; sie niberwacht beren Durchführung in ben ein-

gelnen Staaten burch fortbauernde Controlle.

Den einzelnen Staaten steht die Ausbildung ihres Kriegswesens auf Grund der Reichsgesetze und der Ansordnungen der Reichsgewalt und beziehungsweise in den Grenzen der nach S. 12 getroffenen Vereinbarungen zu. Sie haben die Verfügung über ihre bewaffnetz Macht, soweit dieselbe nicht für den Dienst des Reiches in Anspruch genommen wird.

3. 14. In den Fahneneid ift die Betpfichtung gur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichs-

verfaffung an erfter Stelle aufzunehmen.

S. 15. Alle burch Berwendung von Truppen gir Reichszwecken entstehenden Koften, welche ben burch bas Reich festgefesten Friedensstand übersteigen, fallen bem Reiche zur Last.

S. 16. Ueber eine allgemeine für ganz Deutschland gleiche Wehrversassung ergeht ein besonderes Reichsgesetz.

S. 17. Den Regierungen ber einzelnen Staaten bleibt bie Ernennung ber Befehlshaber und Offiziere-

ihren Truppen, soweit beren Stäule fie erheifcht, übere laffen.

Für die größeren militärischen Ganzen, ju benem Ermppen mehrerer Staaten vereinigt find, ernennt die Beichsgewalt die gemeinschaftlichen Besehlshaber.

Für ben Krieg ernennt die Reichsgewalt die come mandirenden Generale der felbständigen Corps, fo wie

bas Personale ber Sanptquartiere.

§. 18. Der Reichögewalt steht die Befugnis zu, Beichöfestungen und Austenvertheidigunswerte anzules gen und, insoweit die Sicherheit des Reiches es erforedert, vorhandene Festungen gegen billige Ausgleichung, namentlich für das überlieferte Kriegsmaterial, zu Reichsfestungen zu erklären.

Die Reichefestungen und Ruftenvertheidigungswerte

Des Reiches werben auf Reichstoften unterhalten.

S. 19. Die Seemacht ist ausschließlich Sache bes Reiches. Es ist keinem Einzelstaate gestattet, Kriegs-schiffe für sich zu halten ober Kaperbriefe auszuges ben.

Die Bemannung der Kriegsflotte bildet einen Theil der deutschen Wehrmacht. Sie ift unabhängig

von ber gandmacht.

Die Mannschaft, welche aus einem einzelnen Staats für die Kriegsfiotte gestellt wird, ift von der Zahl ber von demfelben zu haltenden Landtruppen abzurechnen. Das nähere hierüber, so wie nber die Kostenausgleischung zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten, bes stimmt ein Reichsgeses.

Die Ernennung der Offiziere und Beamten den

Seemacht geht allein vom Reiche aus.

Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrie

finng, Mussildung und Unterhaltung ber Ariegsflotte und die Unlegung, Ausruftung und Unterhaltung von

Rriegsbafen und Gee-Arfenalen ob.

Beber die jur Errichtung von Rriegshäfen und Marine - Ctabliffements nothigen Enteignungen, fo wie' Aber die Befugniffe ber babei anguftellenden Reichsbes Borben, bestimmen die ju erlaffenden Reichsgefete.

Urt. 4, S. 20. Die Schifffahrtsanftalten am Deere und in ben Munbungen ber beutschen gluffe (Safen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Lootsenwesen, das Fahrmaffer u. f. w. bleiben der Fürforge ber einzelnen Uferftaaten überlaffen. Die Uferftaaten unterhalten biefelben aus eigenen Mitteln.

Ein Reichsgeset wird bestimmen, wie weit die Mündungen ber einzelnen Fluffe ju rechnen find.

. S, 21. Die Reichsgewalt hat bie Oberaufsicht über biese Unstalten und Ginrichtungen.

Es fteht ihr zu, die betreffenden Staaten zu ges boriger Unterhaltung berfelben anzuhalten, auch bies felben aus ben Mitteln bes Reiches zu vermehren und ju ermeitern.

S. 22. Die Abgaben , welche in den Seeuferstaaten ben den Schiffen und beren Ladungen fur Die Bemutung ber Schiffahrtsanftalten erhoben werden, burfen die zur Unterhaltung Dieser Anstalten nothwendigen Rosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung ber Reichsgewalt.

S. 23. In Betreff biefer Abgaben find alle deutfor Schiffe und beren Labungen gleichzustellen.

Eine bobere Belegung fremder Schifffahrt taus nur von ber Reichsgewalt ausgeben.

Die Mehrabgabe von fremder Schifffahrt fließt in

Die Reichstaffe.

Art. 5. S. 24. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gefetgebung und die Oberausucht über die in ihs rem schiffbaren kauf mehrere Staaten durchströmenden ober begrenzenden Flüsse und Seen, und über die Mündungen der in dieselben sallenden Nebenstüsse, so wie über den Schiffahrtsbetrieb und die Flüsserei auf benselben.

Buf melde Weise die Schiffbarteit biefer Fluffe exhalten ober verbeffert werden foll, bestimmt ein Reichs-

gefet.

Die übrigen Wafferstraßen bleiben der Fürsorge ber Einzelstaaten überlassen. Doch steht es der Neichszewalt zu, wenn sie es im Interesse des allgemeinen Bertehrs für nothwendig erachtet, allgemeine Bestimmungen über den Schiffahrtsbetrieb und die Flößeret auf denselben zu erlassen, so wie einzelne Flüsse unter derfelben Boraussehung den oben erwähnten gemeinsamen Flüssen gleich zu stellen.

Die Reichsgewalt ift befugt, die Ginzelstaaten zu geboriger Erhaltung der Schiffbarteit dieser Bafferstraßen

anzuhalten.

\$. 25. Aus deutschen Fluffe sollen für deutsche Schiffsabrt von Flugzöllen frei sein. Auch die Flößes vet foll auf schiffbaren Flußltreden solchen Abgabent nicht unterliegen. Das Rähere bestimmt ein Reichssefes.

Bei den mehreve Staaten durchströmenden oder bes grenzenden Flussen tritt für die Aushebung dieser Flusse

golle eine biffige Ausgleichung ein.

S, 26, Die hafen . Arabu ., Wag ., Lager .,

Schleufen- und bergteichen Gebühren, welche an ben gemeinschaftlichen Fluffen und den Mündungen ber ite Diefelben sich ergießenben Revenfluffe erhoben werden, Dürfen bie zur Unterhaftung berartiger Unftalten nothis gen Roften nicht überfteigen. Gie unterliegen ber Genehmigung ber Reichsgewalt.

Es barf in Betreff biefer Gebühren teinatlei Be glinstigung ber Angeborigen eines beutschen Staates

por benen anderer deutscher Staaten ftattfinden.

3. 27. Klugzötte und Alngfchifffahrteabgaben durfen auf frembe Schiffe und beren Labungen nur buch

die Reichsgewalt gelegt werden. Utt. 6. 3. 28. Die Reichsgewalt hat über die Eifenbahnen und beren Betrieb, foweit es ber Schuts bes Reiches ober bas Intereffe bes allgemeinen Bew kehrs exheischt, Die Oberaufficht und bas Recht ber Ge feggebung. Ein Reichsgefet wird bestimmen, welche

Gegenstände dabin' zu rechnen find. 5. 29. Die Reichsgewalt hat bas Recht, foweit fie es jum Schupe bes Reiches ober im Intereffe bes allgemeinen Bertehre für nothwendig erachtet, Die Unlage von Eifenbahnen zu bewilligen fo wie feloft Eifen. babnen angulegen, wenn der Ginzelftaat, in beffen Gebiet bie Anlage erfolgen foll, beren Ausfuhrung abfebnt. Die Benutung ber Gifenbahnen für Reichs imede fteht ber Reichsgewalt jederzeit gegen Enischade gung frei.

S. 30. Bei der Anlage oder Bewilligung von 🍩 fenbahnen burch die einzelnen Staaten ift Die Reichsgewalt befugt, ben Schut bes Reiches und bas In

tereffe bes allgemeinen Bertebrs wahrzuniehmen.

5. 31. Die Reichsgewalt but aber bie Lanbftragen

Digitized by Google -

die Oberaufficht und bas Recht ber Gefekgebung, for weit es ber Schut bes Reiches ober bas Intereste bes allgemeinen Vertebts erheischt. Ein Reichsgesetz wird bestimmen, welche Gegenstande babin zu rechten Ind.

S. 32. Die Reichsgewalt hat das Necht, soweit fie es zum Schutze des Reiches over im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, zu verfügen, daß kandstraßen und Kandle angelegt, Flusse schiffbar gemacht oder deren Schissbarteit erweitert werde.

Die Anordnung der bazu erforderlichen baulichen Werte erfolgt nach vorgangigem Benehmen mit ben

betheiligten Ginzelftaaten durch die Reichsgewalt.

Die Aussubrung und Unterhaltung der neuen Unlagen geschieht von Reichswegen und auf Neichstoften, wenn eine Berftandigung mit den Einzelstaaten nicht erzielt wird.

Art. 7. §. 83. Das beutsche Reich soll Ein Zolls und handelsgebiet bilben, umgeben von gemeinschaft- licher Zollgrenze, mit Wegfall aller Binnsngrenzzölle.

Die Aussonderung einzelner Orte und Gebietstheile aus ber Zolllinie bleibt ber Reichsgewalt vorbebalten.

Der Reichsgewalt bleibt es ferner vorbehalten, auch nicht jum Reiche gehörige kander und kandestheile mittelft besonderer Bertrage bem deutschen Bongebiete anzuschließen.

\$. 34. Die Reichsgewalt ausschließlich hat die Gesetzung über das gesammte Zollwefen, so wie über gemeinschaftliche Produktions und Berbrauchssetenern. Welche Produktions und Berbrauchssetenern

gemeinschaftlich fein follen, bestimmt die Reichsgesetzge-

gebung.

S. 35. Die Erhebung und Berwaltung der Jölle, so wie der gemeinschaftlichen Produktions, und Bersbrauchs-Steuern, geschieht nach Anordnung und unter Oberaufsicht der Reichsgewalt.

Aus dem Ertrage wird ein bestimmter Theil nach Maaßgabe des ordentlichen Budgets für die Ausgaben des Reiches vorweggenommen, das Uebrige wird an die

einzelnen Staaten vertheilt.

Ein befonderes Reichsgefet wird hieruber bas Ras

bere festftellen.

5. 36. Auf welche Gegenstände die einzelnen Staaten Produktions- oder Berbrauchssteuern für Rechenung bes Staats oder einzelner Gemeinden legen durs sen, und welche Bedingungen und Beschräntungen das bei eintreten sollen, wird durch die Reichsgesetzgebung bestimmt.

S. 37. Die einzelnen deutschen Staaten find nicht befugt, auf Guter, welche über Die Reichsgrenze ein-

ober ausgeben, Bolle gu legen.

S. 38. Die Reichsgewalt hat des Recht der Gefetgebung über den Handel und die Schifffahrt, und überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Reichst gesetze.

S. 39. Der Reichsgewalt steht es zu, über bas Gewerbewesen Reichsgesetz zu erlaffen und die Aus-

führung berfelben zu übermachen.

S. 40. Erfindungs Patente werden ausschließlich von Reichswegen auf Grundlage eines Reichsgesese ertheilt; auch steht der Reichsgewalt ausschließlich die Besetzebung gegen den Nachdrud von Buchern, jedes

unbefugte Nachabmen von Kunftwerten, Fabritzeichen, Mustern und Formen und gegen andere Beeintrachtis gungen bes geistigen Eigenthums zu.
Art. 8. S. 41. Die Reichsgewalt hat bas Recht

Der Gefetgebung und Die Dberaufficht fiber bas Pofts wefen , namentlich über Organisation, Larife, Transit, Dortotheilung und die Berhaltniffe zwischen ben eine elnen Vostvermaltungen.

Diefelbe forgt fur gleichmäßige Anwendung bet Sefete burch Bolljugeverordnungen, und übermacht beren Durchführung in ben einzelnen Staaten burch fort-

bauernde Controlle.

Der Reichsgewalt fteht es ju, die innerhalb mehiterer Postgebiete fich bewegenden Course im Intereffe bes allgemeinen Berfehrs zu ordnen.

S. 42. Postvertrage mit, auslanbifchen Doftverwaltungen durfen nur von der Reichsgewalt ober mit

beren Benehmigung gefchloffen werden.

S. 43. Die Reichsgewalt hat bie Befugnif, infofern es ihr nothig icheint, das beutiche Poftwefen fur Rechnung bes Reiches in Gemagheit eines Reichsger feges ju übernehmen, porbehaltlich billiger Enticatis gung ber Betechtigten.

S. 44. Die Reichsgewalt ist befugt, Telegraphens linien anzulegen, und die vorhandenen gegen Entschabigung zu benugen, ober auf bem Bege ber Enteig-

nung ju erwerben.

Weitere Bestimmungen hierüber, so wie über Be-nubung von Telegraphen für den Privatvertehr, find

einem Reichsgefet vorbehalten. Urt. 9. S. 45. Die Reichsgewalt ausschließlich bat die Gesetzung und bie Dberaufficht über bas

Minewelen. Es liegt ibr ob, für gang Deutschland baffelbe Mungipftem einzuführen.

Sie hat das Recht, Reichsmanzen zu präden, S. 46. Der Reichsgewalt flegt es ob, in gang Deutschland baffelbe Spftem für Mags und Gewicht, fo wie fur ten Reingehalt ber Gold. und Gilbermagren zu bearunden.

S. 47. Die Reichsgewalt bat bas Recht, bas Bantwefen und bas Ausgeben von Papierget burch die Reichsgesetzgebung zu regeln. Sie übermacht bie Ausführung ber barüber erlaffenen Reichsgesete.

Art. 10. S. 48. Die Ausgaben für alle Maafie regeln und Einrichtungen, welche von Reichswegen ausgeführt werden, find von der Reichsgewatt aus ben

Mitteln bes Reiches ju beftreiten.

S. 49. Bur Bestreitung feiner Musgaben ift bas Reich junachit auf feinen Untbeil an den Gintunften aus den Zollen und den gemeinsamen Produktions- und Berbrauchs-Steuern angewiesen.

S. 50. Die Reichsgewalt bat bas Recht, insoweit Die fonfligen Gintunfte nicht ausreichen, Matritularbei-

trage aufzunehmen.

S. 51. Die Reichsgewalt ift befugt, in außerori beutlichen Källen Reichsfleuern aufzulegen und zu erhe ben aber erheben ju laffen, fo wie Anleichen ju machen ober fonftige Schulden zu contrabiren.

Art. 11. S. 52. Den Umfang ber Gerichts harteit bes Reiches hestimmt ber Abschritt vom Reichs-

senicht.

Art. 12. S. 53. Der Reichsgewalt liegt es ob, Die troft ber Reichsverfaffung allen Deutschen verburgten Rechte aberauffebend zu mahren.

4 34. Den Beichsgewalt liegt die Mahrung bas

Reichsfriedens ob.

Bie bat die fur die Aufrechterhaltung ber innern Sicherheit und Dubnung erforderlichen Maagregeln w treffen:

1 1) menn ein beutscher Staat von einem andern beutfen Staate in feinem Frieden geftort oder ge-

fantet wird; 2) wenn in einem beutschen Staate die Sicherheit und Dednung Durch Ginbeimische oder Fremde geffort oder gefährdet wird. Doch foll in biefem ten werben, wenn die betreffende Regierung fie felbit bagu auffordert, es fei benn, bag biefelbe dazu matorisch außer Stande ift oder ber gemeine Reichsfrieden bedrobt erscheint:

3) wenn die Berfaffung eines beutschen Staates gewaltsam ober einseitig aufgehoben aber ber ändert wird, und durch bas Anrufen bes Reichsgerichtes unnemugliche bulfe nicht zu erwirten ift.

5. 54. Die Magfregeln, welche von ber Reiches gewolt jur Dahrung bes Reichsfriebens ergriffen merden finnen, find: 1) Erlaffe, 2) Ablendung von Com-emisseren, 3) Anwendung von bemaffneter Macht.

Ein Reichageset wird die Grundsage bestimmen, nach welchen die burch folche Maagregeln veranlagten

Boften ju diagen find.

S. 54. Der Reichsgemalt liegt es ob, die Falle smb Commen, in welthen die bewaffnete Macht gegen Sterungen ber öffentlichen Ordnung angewendet werben foll, durch ein Reichsgeset zu bestimmen.

16. 1674 Der Reichsgewalt liegt es ob, die gesehe

lichen Normen über Erwerd und Beffuft des Reichs. und Staatsburgerrechts festzusegen.

Jeimathsrecht Reichsgefese zu erlaffen und bie Mus-

führung berfelben zu übermachen.

S. 59. Der Reichsgewalt fleht es zu, unbeschadet bes durch die Grundrechte gewährleisteten Reichts der freien Bereinigung und Berfammlung, Reichsgesete über bas Affociationswesen zu erlaffen.

S. 60. Die Reichsgesetzeibung hat für bie Aufnahme öffentlicher Urfunden diejenigen Ersorderniffe sestzustellen, welche die Anerkennung ihrer Nechtheit in

gang Deutschland bedingen.

S. 61. Die Reichsgewalt ift befugt, im Intereffe bes Gefammtwohls allgemeine Maafregeln für Die Ge-

fundheitspflege zu treffen.

Art. 13. 5: 62. Die Reichsgewalt hat die Gesfengebung, foweit es zur Ausführung ber ihr verfasfungemäßig übertragenen Befugniffe und zum Schube

ber ihr überlaffenen Unftalten erforberlich ift.

S. 63. Die Reichsgewalt ift befugt, wenn fie im Gesammtintereffe Deutschland's gemeinsame Eintichtungen und Maafregein nothwendig findet, die zur Begründung derselben ersordertichen Gesets in den für die Beranderung der Bersassung vorgeschriebenen Formen zu erlaffen.

5. 64. Der Reichsgewalt liegt es eb, durch bie Erlaffung allgemeiner Gesethucher über bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Straftecht und gerichtliches Verfahren die Rechtseinheit im deutschen Butte

ju begrunden.

" S. 65. Alle Gefete und Berordnungen ber Reiches

gewalt erhalten verbindliche Kraft burch ihre Wertfin-

digung von Reichswegen.

puls. 66. Reichsgesetze gehen ben Gesetzen ber Gingelftaaten por, insofern ihnen nicht ausbrudlich eine nur subsidiäre Geltung beigelegt ift.

Art. 14. S. 67. Die Anstellung ber Reichsbe-

amten geht vom Reiche aus.

Die Dienstpragmatit bes Reiches wird ein Reichse gesetz feststellen.

Dritter Abschnitt.

Das Reichsoberhaupt.

Urt. 1. S. 68. Die Wurde des Reichsoberhauptes wird einem ber regierenden beutschen Fürsten übertragen.

S. 69. Diese Burde ift erblich im hause bes Fürsten, dem sie übertragen worden. Sie vererbt im Mannsstamme nach dem Rechte ber Erftgeburt.

S. 70. Das Reichsoberhaupt führt ben Titel:

Raifer der Deutschen.

S. 71. Die Residenz des Kaisers ist am Site der Reichsregierung. Wenigstens mahrend der Pauer des Reichstags wird der Raiser dort bleibend residiren.

So oft fich der Raifer nicht am Site der Reichstregierung befindet, muß einer der Reichsminister in feiner unmittelbaren Umgebung fein.

Die Bestimmungen über den Gig ber Reicheres

gierung bleiben einem Reichsgefet vorbebalten.

5. 72. Der Raifer bezieht eine Civillifte, welche ber Reichstag festfest.

Digitized by Google

Ait. 2. 5. W. Bie Perfon des Kalfers ist inte-

Der Raifer ubt bie ihm übertragene Gewalt burch

verantwortliche von ihm ernannte Minister aus.

S. 74. Alle Regierungshandlungen bes Raffers beburfen zu ihrer Gultigfeit der Gegenzeichnung von wenigstens einem der Reichsminifter, welcher baburch'

die Berantwortung übernimmt.

Urt. 3. S. 75. Der Kaifer übt bie völkerrechtsliche Bertretung bes beutschen Reiches und der einzelnen beutschen Staaten aus. Er stellt die Reichsgefandten und die Consuln an und führt den diplomatischen Berkehr.

S. 76. Der Raifer erflart Krieg und schließt

Arieben.

S. 77. Der Kaifer schließt die Bunbniffe und Bertrage mit ben auswärtigen Machten ab, und zwar unter Mitwirfung bes Reichstages, insoweit biefe in

der Berfaffung vorbehalten ift.

5. 78, Alle Verträge nicht rein privatrechtlichen Inhalts, welche deutsche Regierungen unter sich oder mit auswärtigen Regierungen abschließen, sind dem Laiser zur Kenntnifinahme, und insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ift, zur Bestätigung vorzulegen.

S. 79. Der Raifer beruft und ichlieft ben Reichs-

tag; er hat bas Recht, bas Boltshaus aufzutofen.

S. 80. Der Kaiser hat bas Recht des Gesetvorsschlages. Er übt die gesetzebende Gewalt in Gemeinsschaft mit dem Reichstage unter den verfassungsmäßigen Beschräntungen aus. Er verkündigt die Reichsgeses und erläßt die zur Bollziehung berselben nöthigen Bersordnungen.

Digitized by Google

S. 'St. In Staffathen, welche jue Buffanbigteit bes Reichsgerichts gehoren, hat ber Raifer bas Reint ber Begridoligfittg und Strafmilberung. Die Berbot ber Einleitung ober Fortfegung von Unterfüchlinden tann ber Raifer nur mit Zustimmung bes Reichstiges erlaffen.

Bu Gunften eines wegen feiner Amtebanblufgen verurtheilten Reichsminifters tann ber Raifer Das Recht ber Begnadigung und Strafmilberung nur bann ausüben, wenn tasjenige Saus, von welchem bie Anflage ausgegangen ift, barguf anträgt. Bu Gunften bon Landesministern ftebt ihm eth foldbes Recht nicht att

5. 82. Dem Raifer liegt bie Bahrung bes Reichs-

friedens ob.

S. 83. Der Raiser bat die Berfügung über bie

bewaffnete Macht.

6. 84. Ueberhaupt bat ber Raifer die Regierungsgewalt in allen Ungelegenheiten bes Reiches nach Dang. gabe ber Reichsverfaffung. 36m als Erager biefer Bemalt fteben biefenigen Recite und Befugniffe gu, welche in ber Reichsverfaffung ber Reichsgewalt beigetegt und dem Reichstage nicht zugewiesen find.

Bierter Abschnitt.

Der Reichstag.

Aut. 1. 5. 85. Der Reichstag besticht aus gibei Baufern, bem Staatenhaus mid bem Bottshans:

5. 86. Das Staatenhaus wife Heblibet 21 ni. 2. aus den Bertietern ber deutschen Striten:

Benfaffung

§.	87.	Di	: 3	abl	de	r A	Pita	tic	der	veri	heilt fic nad
folgent	em T	terb	älħ	uß:					٠,		
Prei	ißen	•	•		٠	٠			٠	40	Mitglieder.
Deft	erreich)	٠	. •			٠	٠	٠	38	#
Bay		•	٠	٠	٠		٠		٠	18	"
Sad	fen							٠	٠	10	"
Dan	nover		٠					٠		10	"
Wür	ciem be	rg	٠	٠				٠	•	10	"
Bad	en .	•		٠	٠	٠	•	٠		9	"
Rurl	hessen	• .	٠	•	•	٠.	٠	٠		6	,,
Gro	g derzo	gthi	ım	Spe	ffer	t	٠.	٠	٠	6	. 11
Doll	dein (=	G d)le\$	wig	, ſ.	R	eid)	S.	1)	6	**
. Med	llenbu	ra=	© d	me	rin		•	٠	•	. 4	"
Lure	mburg	1 = 8	imb	urg		•	٠		•	3	"
Raff	au .	•	•		٠	٠	•	٠	٠	3	"
Brai	unschn	oeig			٠	•	•	٠		2	"
Dib	enburg	•	•	٠		٠	•	•	٠	2	"
Sad	sen - 9	Bei	ma	t	•	• -	٠	٠	٠	2	"
Sad	bien = C	Sob i	ırg	• (oth	α	•	•	٠	1	. 11
Sad	fen=O	Rein	ing	ens.	bil	ppi	ırgţ	au	fen	1	11
Sad	fen - 9	Alte	nbu	rg	٠	٠	•	•	•	1	"
Med	llenbu	rg =	St	reli	\$		•	`•	٠	1	"
Anh	alt.D	effa	u	•	٠	•	•	•	•	. 1	11
Anb	alt • B	erni	ur	ß `	•	•	•	•	•	1	"
Anh	alt . R	öthe	n	•	•	. •		•	•	1	"
Sán	parzbi	irg	6	ondi	ris	au	ıfen	•	•	1	"
- 5 01	barzbi	irg.	· R	ndo	Ita	dt	•	• .	•	1	"
Dop	enzolle	m,	De	фin	gen	į	•	•	•	1	"
Lied	tenflei	n	•	•	٠.	٠	٠	٠	٠	1	#
Pop	mpolle	TH.	Gi	gm	uir	ige	n		٠	1	"
- Bal	best	٠	•	•	٠.	•	٠	٠		1	11
Men	ß älte	ne s	tipi	£	•		.•	٠	•	1	17.

Reuf jung	ete	ti	nie	٠			•		1	Mitglieber.
Schaumbur	rg,	Lip	pe	•		٠	•	•	1	"
Lippe . Det				٠	•	•	٠	•	1	"
Heffen - Ho	mb	urg	•	٠	٠	•	٠	٠	1	11
Lauenburg		•	•	•	٠	٠	•	•	1	"
Lübed .				•					1	"
Frankfurt			•		•	٠	٠	٠	1	"
Bremen					٠			٠	1	"
Hamburg			•		•	•			1	"
-										

192 Mitglieber.

So lange die deutschöferreichischen Lande an dem Bundesftaate nicht Theil nehmen, erhalten nachfolgende Staaten eine größere Anzahl von Stimmen im Staatenbause: nämlich:

Bayern .	٠	•	•	•	•	•	20
Sachsen	٠	٠	•	٠	•	٠	12
Hannover		•	٠	•	•	٠	12
Würtember	q					•	12
Baben .	•,	•			٠		10
Großberzog	ıtbı	ım.	De	Fen			8
Rurheffen	•		٠.		•		7
Raffau .							4
Hamburg							2

S. 88. Die Mitglieder des Staatenhauses wers den zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretung der betreffenden Staaten ers nannt.

In benjenigen dentschen Staaten, welche ans mehreren Provinzen oder Landern mit abgesonderter Berfassung oder Berwaltung bestehen, find die durch die Bolfsputtreinng dieses Staates zu ermennenden Mitglieber bes Staatenhauses nicht von ber allgemeinen Einbesvertretung, sondern von den Bertretungen der einzelnen känder ober Provinzen (Pryminzialständen) zu ernennen.

Das Berhältniß, nach welchem die Zahl ber biesfen Staaten gutommenden Mitglieder unter die einzels nen Länder oder Provinzen zu vertheilen ist, bleibt der

Landesgesetzgebung vorbehalten.

- Mo zwei Kammern bestehen und eine Vertretung nach Provinzen nicht stattsindet, wählen beide Kammern in gemeinsamer Sitzung nach absoluter Stimmenmehrbeit.

S. 80. In denjenigen Staaten, welche nur Gie Mitalied in das Staatenhaus jenden, schlägt die Regierung drei Candidaten vor, aus denen die Volksverstretung mit absoluter Stimmenmebrbeit wählt.

Auf dieselbe Weise ist in denjenigen Staaten, welche eine ungerade Zahl von Mitgliedern fenden, in

Betreff bes letten berfelben ju verfahren.

5. 90. Wenn mehrere beutsche Staaten zu einem Ganzen verbunden werden, so entscheidet ein Reichsgeset über die badurch etwa nothwendig werdende Abanderung in der Zusammensepung des Staatensbauses.

S. 91. Mitglied bes, Stgatenhauses tann nur

sein, wer

1) Staatsburger bes Staates ift, welcher ibn fendet,

2) bas softe Lebensjahr gurudgelegt hat,

3) fich im vollen Genus ber burgerlichen und fracteburgerlichen Rechte belinden

5. 92. Die Mitglieder des Staatenhaufes, werden auf fechs Jahre gewählt. Sie werden alle drei Jahre

gur Salfte ernenert.

Auf welche Weise nach den ersten drei Jahren das Austscheiden der einen hälfte ftattfinden soll, wird durch ein Reichsgesetz bestimmt. Die Ausscheidenden sind stets

wieder mählbar.

Wird nach Ablauf dieser drei Jahre und vor Bollsendung der neuen Wahlen für das Staatenhaus ein außerordentlicher Reichstag berufen, so treten, so weit die neuen Wahlen noch nicht stattgefunden haben, die früheren Mitglieder ein.

Art. 3. S. 93. Das Boltshaus besteht ans ben

Abgeordneten bes deutschen Bolfes.

S. 94. Die Mitglieder des Bolfshauses merden für das erste Mal auf vier Jahre, bemnächst immer auf brei Jahre gewählt.

Die Wahl geschieht nach den in dem Roichsmabl-

gefete enthaltenen Borfdriften.

Art. 4. 5. 95. Die Mitglieder des Reichstages beziehen aus der Reichstagskaffe ein gleichmäßiges Taggegeld und Entschädigung für ihre Reisetosien. Das Rähere bestimmt ein Reichsgeses.

S. 96. Die Mitglieder beider Saufer tonnen burch

Juftruftionen nicht gebunden werden.

S. 97. Niemand tann gleichgeitig Mitglied von

beiden Baufern fein.

Art. 5. 9. 98. Zu einem Beschluße eines jeden Hauses des Reichtstages ist die Theilnahme von wes nigstens der Hälfte der gesehlichen Anzahl seiner Mitsglieder und die einsache. Stimmenmehrheit ersorderslich.

Im Falle ber Stimmengleichheit wird ein Antrag

als abgelebnt betrachtet.

6. 99. Das Recht bes Gefetvorichlages, ber Befowerbe, ber Abreffe und ber Erhebung von Thatfaden, fo wie der Anklage der Minister, fieht jedem Sause zu.

5. 100. Ein Reichstagsbeschluß fann nur burch bie Uebereinstimmung beider Saufer gultig zu Stande

fommen.

5. 101. Ein Reichstagsbefchluß, welcher die Bus fimmung ber Reichsregierung nicht erlangt bat, barf in berfelben Situngsperiode nicht wiederholt merben.

Ift von dem Reichstage in drei fich unmittelbar folgenden ordentlichen Sitzungsperioden berfelbe Befchluß unverandert gefaßt worden, so wird berselbe, auch wenn die Zustimmung der Reichsregierung nicht erfolgt, mit bem Schluffe bes britten Reichstages zum Gefet. Gine proentliche Sigungsperiode welche nicht wenigstens vier Bochen bauert, wird in biefer Reihenfolge nicht mitgezählt.

6. 102. Ein Reichstagsbeschluß ift in folgenben

Rallen erforderlich:

1) Wenn es fich um bie Erlaffung, Aufhebung, Abanderung ober Auslegung von Reichsgefegen bandelt.

2) Wenn der Reichshaushalt festgestellt wird, wenn Unleiben contrabirt werben, wenn bas Reich eine im Budget nicht vorgefebene Ausgabe übernimmt, ober Matrifularbeitrage ober Steuern erbebt.

3) Wenn fremde See und Flußschifffahrt mit bo-

heren Abgaben belegt werden foll.

4) Menn Landesfestungen zu Reichefestungen er-

flart werben follen.

5) Wenn Sandels., Schifffahrts. und Ansliefe. rungsvertrage mit bem Auslande gefchloffen werden , fo wie überhanpt vollerrechtliche Ber-trage, infofern fie bas Reich belaften.

6) Wenn nicht jum Reich gehörige ganber ober Landestheile bem beutschen Bollgebiete ange fcbloffen, ober einzelne Drte, ober Gebiett theile von ber Rolllinie ausgeschloffen werben

follen.

7) Benn beutsche Landestheile abgetreten, ober wenn nichtbeutsche Gebiete bem Reiche einverleibt ober auf andere Beife mit bemfelben verbunden werden follen.

S. 103. Bei Feststellung bes Reichshaushaltes treten folgende Bestimmungen ein:

1) Alle die Finangen betreffenden Borlagen bet Reicheregierung gelangen junachft an bas Bolts-

baus.

2) Bewilligungen von Ausgaben durfen nur auf Antrag ber Reichbregierung und bis zum Belauf biefes Antrages erfolgen. Jede Bewilligung gilt nur für ben befonderen 3med, für welchen fie bestimmt worden. Die Berwendung barf nur innerhalb der Grenze der Bewilligung erfolgen.

3) Die Dauer ber Kinangperiode und Budgetbewil-

ligung ift ein Jabr.

4) Das Budget über bie regelmäßigen Ausgaben bes Reiches und über ben Refervefond, fo wie über bie für beides erforderlichen Dedungsmittel, wird auf bem erften Reichstage burch Reichstags beschluffe feftgestellt. Gine Erhöhung biefes Bubgets auf fpateren Reichstagen erforbert gleichfaus

einen Reichstagsbeichluß.

5) Dieses ordentliche Budget wird auf jedem Reichstage zuerft dem Bolfshaufe vorgelegt, von diefem in feinen einzelnen Unfagen nach den Erlauterungen und Belegen, welche die Reichstregierung porzulegen hat, gepruft und gang oder theilmeife be-

willigt ober verworfen.

6) Nach erfolgter Prufung und Bewilligung burch bas Boltshaus wird das Budget an das Staas tenhaus abgegeben. Diesem fteht, innerhalb bes Gesammtbetrages des ordentlichen Budgets, fo wie berfelbe auf bem erften Reichstage ober burch fpatere Reichstagsbeschlusse festgestellt ift, nur bas Recht gu, Erinnerungen und Ausstellungen gu machen, über welche bas Boltsbaus endgultig befcbließt.

7) Alle außerordentlichen Ausgaben und beren Dedungsmittel bedürfen, gleich ber Erhöhung bes ordentlichen Budgets, eines Reichstagsbe-

foluffes.

8) Die Rachweisung über die Bermendung ber Reichsgelber wird dem Reichstage, und zwar zuerft bem Volfshaufe, jur Prufung und jum Abschluß vor-

gelegt.

Art. 6. S. 104. Der Reichstag verfammelt, fich jedes Jahr am Sise der Reichsregierung. Die Zeit der Zufammenkunft wird vom Reichsoberhaupt bei Einberufung angegeben, insofern nicht ein. Reichsgefes dieselbe festsett.

Außerdem kann der Reichstag zu außerordentlichen

Situngen jederzeit vom Reichsoberhaupt einberufen

merden.

6. 105. Die ordentlichen Sigungsperioden Landtage in ben Gingelftagten follen mit benen bes Reichstages in ber Regel nicht gufammenfallen. Das Rabere bleibt einem Reichsgeset vorbehalten. S. 106. Das Boltshaus fann durch das Reichs

pberhaupt aufgeloft werben.

In dem Falle ber Auflösung ift der Reichtstag

binnen brei Monaten wieder zu versammeln.

S. 107. Die Auflösung des Volkshauses hat die gleichzeitige Vertagung des Staatenhauses bis jur Wiederberufung des Reichstages jur Folge.

Die Sigungsperioden beider Baufer find biefel-

ben.

S. 108. Das Ende ber Sigungeperiobe bes Reiche-

tages wird vom Reichsoberhaupt bestimmt.

S. 109. Gine Bertagung bes Reichstages ober eines ber beiden Saufer durch das Reichsoberhaupt be-Darf, wenn fie nach Eröffnung ber Situng auf langer als vierzehn Tage ausgesprochen werden folt, der Auftimmung bes Reichstages, ober bes betreffenben Daufes.

Auch der Reichstag felbst fowie jedes der beiden

Baufer tann fich auf vierzebn Tage vertagen.

Art, 7, S. 110. Jedes der beiden Saufer mabit feinen Prafibenten, feinen Biceprafibenten und feinen

Gdriftführer.

S. 111. Die Gigungen beiber Baufer find öffente lich. Die Gefcaftsordnung eines jeden Saufes bestimmt, unter welchen Bedingungen vertrauliche Gigungen fatte finden tonnen.

S. 112. Jedes Saus pruft bie Bollmachten felner Mitglieder und entscheibet über die Bulaffung berfelben.

S. 113. Jedes Mitglied leiftet bei feinem Gintritt

ben Gib:

"Ich fcmore, Die beutsche Reichsverfaffung ae-"treulich zu beobachten und aufrecht zu erhalten.

"fo mabr mir Gott belfe."

S. 114. Jebes Saus hat das Recht, feine Ditglieder wegen unwürdigen Berhaltens im Saufe gu bestrafen und äußersten Falls auszuschließen. Di Räbere bestimmt die Geschäftsordnung jedes haufes.

Eine Ausschließung fann nur bann ausgesprochen werden, wenn eine Mehrheit von zwei Dritteln ber

Stimmen fich bafür entscheibet.

S. 115. Deber Ueberbringer von Bittfdriften noch überhaupt Deputationen follen in den Saufern zugelaffen werben.

S. 116. Jedes Saus bat bas Recht, fich feine Geschäfteordnung selbft ju geben. Die geschäftlichen Beziehungen zwischen beiben Saufern werben burch Uebereinfunft beider Saufer geordnet.

Art. 8. S. 117. Gin Mitglied bes Reichstages barf mabrend ber Dauer ber Sigungsperiode bone Bufimmung bes Saufes, zu welchem es gebort, wegen ftrafrechtlicher Unfdulbigungen weber verhaftet, noch in Untersuchung gezogen werben, mit alleiniger Ausnahme ber Ergreifung auf frischer That.

5.118. In diesem letteren Falle ift dem betreffenden hause von der angeordneten Maagregel fofort Renntniß zu geben. Es ftebt bemfelben zu, bie Aufbebung ber haft ober Untersuchung bis zum Schluffe ber Sigungsperiode zu verfügen.

- S. 119. Dieselbe Besugniß steht jedem hause in Betreff einer Berhaftung oder Untersuchung zu, welche aber ein Mitglied desselben zur Zeit seiner Wahl vershängt gewesen, oder nach dieser bis zu Eröffnung der Sitzungen verhängt worden ift.
- S. 120. Kein Mitglied bes Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung ober wegen der in Ausübung seines Beruses gethanen Aeusserungen gerichtlich voer disciplinarisch verfolgt ober fonst außerhalb der Bersammlung zur Verantwortung gezogen werden.
- Art. 9. S. 121. Die Reichsminister haben bas Recht, ben Verhandlungen beiber häuser bes Reichstages beiguwohnen und jederzeit von denselben gehört zu werben.
- S. 122. Die Reichsminister haben die Berpflichtung, auf Berlangen jedes der häufer des Reichstages in demselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen, oder den Grund anzugeben, weshalb dieselbe nicht ertbeilt werden könne.
- 5. 123. Die Reichsminister können nicht Mitglies ber bes Staatenhaufes fein.
- 5. 124. Wenn ein Mitglied des Bollshauses im Reichsbienst ein Amt oder eine Beforderung annimmt, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen; es beshält seinen Sit im Hause, dis die neue Wahl stattges sunden hat:

Fünfter Abichnitt.

Das Reichsgericht.

Urt. 1. S. 125. Die bem Reiche guffebenbe Gerichtsbarteit wird durch ein Reichsgericht ausgeubt.

S. 126. Bur Buffanbigfeit bes Reichsgerichts ge-

- m) Klagen eines Einzelstaates gegen die Reichsgewalt wegen Berletung der Reichsverfafe fung durch Erlassung von Reichsgesehen und durch Maaßregeln der Reichsregierung, so wie Klagen der Reichsgewalt gegen einen Einzelstaat wegen Verletung der Reichsversassung.
- b) Streitigkeiten zwischen dem Staatenhause und dem Bolkshause unter sich und zwischen jedem von ihnen und der Reichstegierung, welche die Auslegung der Reichsverfassung betreffen, wenn die streitenden Theile sich vereinigen, die Entsscheidung des Reichsgerichts einzuholen.
- c) Politische und privatrechtliche Streitigkeiten aller Art zwischen ben einzelnen beutschen Staaten.
- d) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfabigkeit und Regentichaft in ben Einzelftagten.
- e) Streitigkeiten gwischen ber Regierung eines Eim gelftaates und beffen Bolfsvertretung über Die Gultigteit ober Auslegung ber Lanbesverfaffung:
- f) Rlagen ber Angeborigen eince Ginzelftaates gegen bie Regierung beffelben, wegen Aufbe-

bung ober verfaffungewibriger Beranderung ber

Landesvrefaff ung.

Rlagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung wegen Berletung der Landesversaffung können bei dem Reichsgericht nur angebracht werden, wenn die in der Landesversaffung gegebenen Mittel der Abhülft nicht zur Anwendung gebracht werden können.

g) Rlagen deutscher Staatsbürger wegen Verletung der durch die Reichsversaffung ihnen gewährten

ber durch die Reichsverfassung ihnen gewährten Rechte. Die näheren Bestimmungen über bent Umfang dieses Klagerechts und die Art und Weise dasselbe geltend zu machen, bleiben der

Reichsgesetzgebung vorbehalten.

h) Beschwerben wegen verweigerter ober gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgeseplichen Mittel ber Abhulfe erschöpft find.

1) Strafgerichtsbarfeit über bie Anflagen gegen Die Reichsminister, insofern fie beren ministeri-

elle Berantwortlichkeit betreffen.

k) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen bie Minister der Einzelstaaten, insofern sie deren ministerielle Berantwortlichkeit betreffen.

1) Strafgerichtsbarteit in ben Fallen bes Soche

und kandesverraths gegen das Reich.

Db noch andere Berbrechen gegen bas Reich ber Strafgerichts au überweisen find, wird fpateren Reichsgesenten vorbehalten.

m) Rlagen gegen ben Reicheffleits.

n) Rlagen gegen beutsche Staaten, wenn Die Wed pflichtung, bem Anfprache Bennge gu leiften,

zwischen mehreren Staaten zweifelhaft ober be-ftritten ift, so wie wenn die gemeinschaftliche Berpflichtung gegen mehrere Staaten in einer Rlage geltend gemacht wird.

S. 127. Ueber die Frage, ob ein Fall jur Ents scheidung des Reichsgerichts geeignet sei, erkennt einzig und allein das Reichsgericht selbst.

6. 128. Ueber Die Einsetzung und Organisation bes Reichsgerichts, über das Berfahren und Die Bollgiebung ber reichsgerichtlichen Enticheibungen und Berfügungen wird ein besonderes Gefet ergeben. Diesem Gefete wird auch die Bestimmung, ob und

in welchen Fallen bei bem Reichsgericht bie Urtheilsfallung burch Geschworne erfolgen foll, vorbehalten.

Ebenso bleibt vorbebalten: ob und wie weit Diefes Gefes als organisches Berfaffungsgefes zu betrachten ift.

S. 129. Der Reichsgesetzgebung bleibt es vorbehalten, Abmiralitätes und Geegerichte ju errichten, fo wie Bestimmungen über Die Gerichtsbarkeit ber Gefandten und Confuln bes Reiches zu treffen.

Sechfter Abschnitt.

Die Grundrechte bes beutichen Boltes.

S. 130. Dem beutschen Bolte sollen bie nach-Bebenden Grundrechte gewährleiftet fein. Sie follen Den Berfaffungen ber beutschen Ginzelftaaten jur Rorm bienen, und feine Berfaffung ober Gefetgebung eines beutschen Ginzelftaates foll Diefelben je aufheben ober Befterauten tonnen.

Met. 1. S. 131. Das beutsche Bolt besteht aus

den Angeborigen der Staaten, welche das beutsche Reich bilben.

5. 132. Jeder Deutsche hat das deutsche Reichs. burgerrecht. Die ihm fraft beffen zustehenden Rechte tann er in jedem beutschen gande ausuben. Ueber bas Recht, gur beutichen Reichsversammlung gu mablen. verfügt das Reichsmablgefes.

S. 133. Jeber Deutsche bat bas Recht, an jebem Orte des Reichsgebietes feinen Aufenhalt und Bobnfit zu nehmen, Liegenschaften jeder Urt zu erwerben und barüber ju verfügen, jeden Rahrungszweig auf betreiben, bas Bemeindeburgerrecht zu gewinnen.

Die Bedingungen für den Aufenthalt und Bobnfit werden durch ein Beimathegefet, jene für den Ge-werbebetrieb burch eine Gewerbeordnung für gang Deutschland von ber Reichsgewalt feftgefest.

5. 134. Rein beuticher Staat barf gwifden feinen Angehörigen und andern Deutschen einen Unterschieb im burgerlichen, peinlichen und Prozeß = Rechte machen. welcher die letteren als Auslander gurudfest.

S. 135. Die Strafe des burgerlichen Todes foll nicht ftattfinden, und ba, wo fie bereits ausgesprochen ift, in ihren Wirtungen aufhören, foweit nicht bierburd erworbene Privatrechte verlett werben.

S. 136. Die Muswanderungsfreiheit ift von Staats wegen nicht beschränft; Abaugegelber burfen nicht erbeben merben.

Die Auswanderungsangelegenheit fteht unter bem

Schute und ber Fürforge bes. Reiches.

21rt. 2. S. 137. Bor bem Befete gilt tein Unterfcbied ber Stande. Der Abel als Stand ift aufae boben.

C - Mie Stanbesvorrechte find abgeschafft.

Die Deutschen find vor dem Gefete gleich.

Alle Titel, insoweit sie nicht mit einem Amte verstunden sind, find aufgehoben und durfen nie wieder singeführt werden.

Rein Staatsangehöriger barf von einem auswärti-

gen Staate einen Orben annehmen.

Die öffentlichen Memter find für alle Befähigten gleich zugänglich.

Die Wehrpflicht ift für Alle gleich; Stellvertretung

bei berfelben findet nicht Statt.

Art. 3. S. 138. Die Freiheit ber Person ift un-

Derletlich.

Die Berhaftung einer Person soll, außer im Falle ber Ergreifung auf frischer That, nur geschehen in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Bessehls. Dieser Befehl muß im Augenblide der Berhaftung oder innerhalb der nächsten vier und zwanzig Stunden dem Berhafteten zugestellt werden.

Die Polizeibehörde muß Jeden, den fie in Berwahrung genommen hat, im Laufe bes folgenden Tages entweder freilaffen oder der richterlichen Behörde

übergeben.

Jeder Angeschuldigte soll gegen Stellung einer vom Sericht zu bestimmenden Caution oder Bürgschaft der Haft entlassen werden, sofern nicht dringende Unzeigen eines schweren peinlichen Berbrechens gegen benselben vorliegen.

Im Falle einer widerrechtlich verfügten oder werlängerten Gefangenschaft ift der Schuldige und nöthigenfalls der Staat dem Berletten zur Genugthomme

und Entschädigung verpflichtet.

Die für bas heers und Grewesen erforderichen Mobifitationen biefer Bestimmungen werden besonderen

Befegen vorbehalten.

5. 139. Die Tobesstvafe, ausgenommen wo bas Rriegsrecht sie vorschreibt, ober bas Seerecht im Fall von Meutereien sie zuläßt, so wie die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und ber torperkichen Züchtis gung, sind abgeschafft.

§. 140. Die Wohnung ift unverletlich.

Gine Haussuchung ist nur zulässig:

1) in Kraft eines richterlichen, mit Gründen vers febenen Befehls, welcher fofort oder innerhalb ber nächsten vier und zwanzig Stunden dem Betheiligten zugestellt werden foll;

2) im Kalle ber Berfolgung auf frischer That, durch

ben gesetlich berechtigten Beamten;

3) in ben Fällen und Formen, in welchen bas Gefes anbnahmsweise bestimmten Beamten auch ohnerichterlichen Befehl biefelbe gestattet.

Die Handsuchung muß, wenn thunlich, mit Zu-

ftehung von Sausgenoffen erfolgen.

Die Unverletlichkeit ber Wohnung ift fein hinbernif ber Berhaftung eines gerichtlich Berfolgten.

S. 141. Die Beschlagnahme von Briefen und Bapieren darf, außer bei einer Berhaftung oder haust suchung, nur in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls vorgenommen werden, welcher sofort oder innerhalb der nächsten vier und zwanzig Stunden dem Betheiligten zugestellt werden soll-

11: S. 142, Das Briefgeheinniß ist gewährleistet. Die bei strafgenichtlichen Untersuchungen und in Eriegefällen nothwendigen Befchrantungen find burch

bie Gefetgebung feftzuftellen.

Art. 4. S. 143. Jeder Deutsche hat das Recht, burch Wort, Schrift, Drud und bilbliche Darstellung

feine Deinung frei zu außern.

Die Preffreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise durch vorbeugende Maagregeln, namentslich Censur, Concessionen, Siderheitsbestellungen, Staatsaustagen, Beschräntungen der Drudereien oder des Buchhandels, Postverbote oder andere hemmungen des freien Berkehrs beschränft, suspendirt oder aufgehoben werden.

Ueber Prefvergeben, welche von Amts wegen versfolgt werben, wird durch Schwurgerichte geurtheilt.

Ein Prefigeset wird vom Reiche erlaffen werben. Art. 5. S. 144. Jeber Deutsche hat volle Glau-

bend und Gemiffensfreiheit.

Niemand ist verpflichtet, seine religiose Ueberzeu-

gung ju offenbaren.

S. 145. Jeder Deutsche ift unbeschränkt in ber gemeinsamen hauslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion.

Berbrechen und Bergeben, welche bei Musubung biefer Freiheit begangen werben, find nach bem Gefebe

ju bestrafen.

S. 146. Durch das religiöse Bekenntnis wird ber Genus ber burgerlichen und staatsburgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsburgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun.

S. 147. Bebe Religionsgefellschaft ordnet und verwaltet ibre Ungelegenheiten felbftandig, bleibt aber ben

allgemeinen Staatsgefegen unterworfen.

Reine Religiondgesellschaft genießt vor andern Bow rechte durch den Staat; es besteht fernerhin teine Staatstirche.

Reue Religionsgefellschaften burfen fich bilben; einer Anerkennung ihres Bekenntniffes burch ben Staat bedarf es nicht.

S. 148. Niemand foll zu einer firchlichen hand. Iung ober Feierlichfeit gezwungen werden.

S. 149. Die Formel bes Gibes foll funftig lauten:

"So wahr mir Gott helfe."

S. 150. Die bürgerliche Gültigkeit der Che ift nur von der Bollziehung des Civilactes abhängig; die kirchliche Trauung kann nur nach der Bollziehung des Eivilactes stattsinden.

Die Religionsverschiedenheit ift tein burgerliches

Chebindernig.

S. 151. Die Standesbucher werden von ben burgerlichen Beborben geführt.

Art. 6. S. 152. Die Wiffenschaft und ihre Lehre

ift frei.

S. 158. Das Unterrichts und Erziehungswefen fteht unter ber Oberaussicht des Staates, und ist, abgeseben vom Religionsunterricht, der Beaufsichtigung der

Beiftlichkeit als folchez enthoben.

S. 154. Unterrichts und Erziehungsanstalten gu grunden, zu leiten und an folden Unterricht zu ertheisten, steht jedem Deutschen frei, wenn er feine Befähigung ber betreffenden Staatsbehorde nachgewies fen hat.

Der häusliche Unterricht unterliegt teiner Beschräße

tung.

S. 156. Gur bie Bildung ber beutiden Sugend fon durch öffentliche Schulen übernit gemügend geforgt werben.

Eltern ober beren Stellvertreter burfen ihre Rins ber ober Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht laffen, welcher für die unteren Bolfsschulen vergeschries ben ift.

S. 156. Die öffentlichen Lehrer haben bie Rechte

ber Staatsbiener.

Der Staat stellt unter gefetlich geordneter Betheisligung der Gemeinden aus der Zahl der Geprüften die Lehrer der Boltskoulen an.

S. 157. Für ben Unterricht in Bolfsichulen und nieberen Gewerbeschulen wird fein Schulgelo bezahlt.

Unbemittelten foll auf allen öffentlichen Unterrichts

anstalten freier Unterricht gewährt werben.

S. 158. Es sieht einem Jeben frei, seinen Beruf zu mabien und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will.

Art. 7. §. 159. Jeber Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Bes Heichs-

tag ju menden.

Dieses Recht kann sowohl von Einzelnen als von Corporationen und von Mehreren im Beteine ausgeübt werden; beim Heer und der Kriegsflotte jedoch nur in der Weise, wie es die Disciplinarvorschriften bestimmen.

S. 160. Eine vorgängige Genehmigung ber Behöre ben ift nicht nothwendig, um öffentliche Beamte wegen Grer antlicen Sandlungen gericklich zu verfolgen.

Art. 8. S. 161. Die Deutschen haben bas Rocht,

fich friedlich und obne Baffen gu versammeln; einer

besandern Erlaubniß dazu bedarf es nicht.

Bolfsversammlungen unter freiem himmel können bei bringender Gesahr für die öffentliche Ordung und Sicherheit verboten werden.

5. 162. Die Deutschen haben bas Recht, Bereine wilden. Dieses Recht foll durch teine vorbeugenbe.

Maagregel befchrantt werben.

5. 168. Die in den § . 161. und 162. enthaltes nen Bestimmungen finden auf das heer und die Kriegsesstate Auwendung, insoweit die militärischen Disciplinars, worschriften nicht entgegensteben.

Art. 9. S. 164. Das Eigenthum ift unverleglich.

Eine Enteignung tann nur aus Rudficten bes gemeinen Beften, nur auf Grund eines Gefetes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden.

Das geiftige Gigenthum foll durch die Reichsge.

fetgebung gefchütt werben.

S. 165. Jeder Grundeigenthumer kann seinem: Grundbesit unter Lebenden und von Todeswegen gangsber theilweise veräußern. Den Einzelstaaten bleibt überlaffen, die Durchführung des Grundsages der Theilabarkeit alles Grundeigenthums durch Uebergangsgeseiter zu vermitteln.

Für die todte hand find Beschränkungen des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über fie zu verfügen, im Wege der Gesetzehung aus Gründen bes öffentlie

den Wohls julaffig.

S. 166. Jeder Unterthänigkeites und hörigkeites werband bort für immer auf.

5. 167. Ohne Entschädigung sind aufgeboben: . . 1) Die Patrimonialgerichtedarfeit und die grundherr-

liche Polizei, fammt ben aus diefen Rechten fliegenden Befugniffen, Exemtionen und Abgaben.

2) Die aus dem guts und schusherrlichen Berbande fließenden personlichen Abgaben und Leis flungen.

Dit diefen Rechten fallen auch die Gegenleiftung den und Raften weg, welche bem bisber Berechtigten

dafür oblagen.

S. 168. Alle auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen, insbesondere die Zehnten, sind ablösbar: ob nur auf Antrag des Belasteten oder auch des Berechtigten, und in welcher Weise, bleibt der Gesetzelbung der einzelnen Staaten überlassen.

Es foll fortan tein Grundftud mit einer unablos-

Baten Abgabe ober Leiftung belaftet werben.

S. 169. 3m Grundeigenthum liegt die Berichtis

gung gur Jagd auf eignem Grund und Boben.

Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boben, Jagdbienste, Jagdfrohnden und andere Leistungen für Jagdzwede find ohne Entschädigung aufgehoben.

Rur ablösbar jedoch ift die Jagdgerechtigkeit, welche erweislich durch einen läftigen mit dem Eigenthumer bes belafteten Grundftudes abgeschloffenen Bertrag erworben ift; über die Art und Weise der Ablösung haben die Landesgesetzgebungen das Weitere zu bestimmen.

ben die Landesgesetzgebungen das Weitere zu bestimmen. Die Ausubung des Jagdrechts aus Grunden der offentlichen Sicherheit und des gemeinen Wohls zu ord-

nen, bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Bos ben darf in Zukunft nicht wieder als Grundgerechtige keit bestellt werden.

... 5. 170. Die Familiensideicommiffe sind aufzuhe-

ban. Die Art und Bebingungen ber Aufhebung beftimmt bie Gefetzgebung ber einzelnen Staaten.

Heber die Familienfideicommiffe der regierendem fürftlichen Saufer bleiben die Bestimmungen ben Lau-

beagefetgebungen vorbebalten.

S. 171. Aller Lebensverband ift aufznheben. Das Rabere über bie Art und Weife ber Ausführung haben die Gefetgebungen der Einzelftaaten anzuordnen.

5. 172. Die Strafe ber Bermögenseinziehung foll

nicht fattfinden.

S. 178. Die Besteuerung foll so geardnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter in Staat und Gemeinde aufhört.

Art. 10. S. 174. Alle Gerichtsbarteit geht vom Staate aus. Es follen teine Patrimonialgerichte bes

fteben.

S. 175. Die richterliche Gewalt wird felbständig von den Gerichten geubt Cabinets- und Ministerialjustig ift unstatthaft.

Niemand darf feinem gefehlichen Richter entzogen

werben. Ausnahmegerichte follen nie ftattfinden.

S. 176. Es fou teinen privilegirten Gerichtsftand

ber Perfonen ober Guter geben.

Die Willtärgerichtsbarteit ist auf die Aburtheilung militärischer Berbrechen und Bergehen, so wie der Militär-Disciplinarvergehen beschränft, vorbehaltlich der Bestimmungen für den Kriegsftand.

S. 177. Kein Richter darf, außer burch Urtheil und Recht, von feinem Amt entfernt, oder an Rang

und Gehalt beeintrachtigt werden.

Suspenfion barf nicht ohne gerichtlichen Befchluff

Bein Michter barf wiber finen Willen, außer burch gerichtlichen Befchluß in ben burch bas Gefet bestimmten Fällen und Formen, zu einer andern Stelle verfest ober in Rubestand gefest werben.

S. 178. Das Gerichtsverfahren foll öffentlich umb

mundlich fein.

Musnahmen von der Deffentfichkeit bestimmt im

Intereffe ber Sittlichteit bas Befet.

5. 179. In Straffachen gift ber Anklageprozeß. Schwurgerichte follen jebenfalls in fcmereren Straffaden und bei allen politischen Bergehen urtheilen.

S. 180. Die bürgerliche Rechtspflege foll in Gachen besonderer Berufserfahrung durch fachtundige, von den Berufsgenoffen frei gewählte Richter geubt ober mitgeübt werben.

\$. 181. Rechtspflege und Berwaltung follen ge-

trennt und von einander unabhängig fein. Ueber Competenzconstitte zwischen ben Berwaftungsund Gerichtsbehörden in den Gingelftaaten entficheibet ein burch bas Gefet zu bestimmenber Gerichtshof.

S. 182. Die Berwaltungerechtspflege bort auf; über alle Rechtsverletungen entscheiden bie Berichte.

Der Polizei fieht feine Strafgerichtsbarkeit ju.

S. 183. Rechtsträftige Urtheile beutscher Gerichte find in allen deutschen Landen gleich wirksam und vollziebbar.

Ein Reichsgeset wird bas Rabere bestimmen.

Art. 11. S. 184. Jede Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Berfaffung:

a) die Wahl ihrer Borfteber und Bertreter;

b) die felbständige Berwaltung ihrer Gemeindeans

gelegenheiten mit Einfaluf ber Ortspolizei, uns ter gefehlich geordneter Oberaufsicht bes Staates;

- c) bie Beröffentlichung ihres Gemeinbebaushaltes;
 - d) Deffentlichkeit ber Berhandlungen als Regel.
- 5. 185. Jebes Grundstud foll einem Gemeinde-

Beschränkungen wegen Waldungen und Wüsteneien bleiben der Landesgesetzgebung vorhehalten.

Art. 19. S, 186. Jeden deutsche Staat soll eine Berfassung mit Bolksvertretung haben.

Die Minister find ber Bollsvertretung verant-

S. 187. Die Boffsvertretung hat eine entscheibende Stimme bei der Gesetzgebung, bei der Besteuerung, bei der Ordnung des Staatshaushaltes; auch hat sie — wo zwei Kammern vorhanden sind, jede Kammer für sich — das Recht des Gesetzesvorschlags, der Beschwerde, der Adresse, so wie der Anklage der Minister.

Die Sigungen ber Landtage find in ber Regel of-fentlich.

- Art. 13. S. 188. Den nicht beutsch rebenben Bolksstämmen Deutschland's ist ihre volksthümliche Entwidelung gewährleistet, namentlich die Gleichbes rechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der innern Berwaltung und der Rechtspflege.
 - Art. 14. S. 189. Jeder beutsche Staatsbürger in der Fremde steht unter dem Schupe bes Reiches.

Giebenter Abidenitt.

Die Gewähr ber Berfaffung.

Art. 1. S. 190. Bei jedem Regierungswechseltritt der Reichstag, falls er nicht icon versammelt ist, ohne Berufung zusammen, in der Art, wie er das lette Wal zusammengesett war. Der Kaiser, welcher die Regierung antritt, leistet vor den zu einer Sitzung verseinigten beiden Häusern des Reichstages einen Eid auf die Reichsverfassung.

Der Eid lautet: "Ich schwöre, bas Reich und die Rechte bes deutschen Bolfes zu schirmen, die Reichsperfassung aufrecht zu erhalten und sie gewissenhaft zu

vollziehen. Go mahr mir Gott helfe."

Erft nach geleistetem Gide ift der Kaifer berechtigt,

Regierungsbandlungen vorzunehmen.

S. 191. Die Reichsbeamten haben beim Antritt ihres Amtes einen Gid auf die Reichsverfaffung zu leisten. Das Rähere bestimmt die Dienstpragmatit des Reiches.

S. 192. Ueber die Berantwortlichkeit der Reiches

minifter foll ein Reichsgefes erlaffen werden.

S. 193. Die Berpflichtung auf die Reichsverfassung wird in den Einzelstaaten mit der Berpflichtung auf die Kandesversassung verbunden und dieser vorangesetzt.

Art. 2. S. 194. Reine Bestimmung in der Berfassung oder in den Gesetzen eines Einzelftaates darf mit der Reichsverfassung in Widerspruch stehen.

S. 195. Eine Aenderung ber Regierungeform in einem Einzelstaate tann nur mit Bustimmung ber Reiches gewalt erfolgen. Diefe Bustimmung muß in den für



Benberungen ber Reichsverfaffung vorgefcriebenen For-

men gegeben werben.

Art. 3. S. 196. Abanderungen in der Reichsverfaffung konnen nur durch einen Befchluß beider Saufer und mit Zustimmung des Reichsoberhaupts erfolgen.

Bu einem folchen Befchluß bedarf es in jedem ber

beiben Baufer:

1) ber Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln ber Mitglieder;

2) zweier Abstimmungen, zwischen welchen ein Belte raum von wenigstens acht Tagen liegen muß;

3) einer Stimmenmehrheit von wenigstens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder bei jeder der bei

den Abstimmungen.

Der Zustimmung des Reichsoberhaupts bedarf es nicht, wenn in drei sich unmittelbar folgenden ordentlichen Sigungsperioden berfelbe Reichstagsbeschuft uns verändert gefaßt worden. Gine ordentliche Sigungsperiode, welche nicht wenigstens vier Wochen dauert, wird in dieser Reibenfolge nicht mitgezählt.

Art. 4. S. 197. Im Falle des Kriegs ober Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Berhaftung, haussuchung und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise außer Kraft gesest werden; jedoch nur unter folgenden Bedingungen:

1) die Berfügung muß in jedem einzelnen Falle von bem Gefammtminifterium bes Reiches ober Gin-

zelftaates ausgeben;

2) das Ministerium des Neiches hat die Instimumung des Neichstages, das Ministerium des Einzelstage tes die des Landtages, wenn dieselben zur Zeit verstemmelt find, sefoot einzuhpien. Wenn dieselben nicht versammelt sind, so dauf die Berfügung nicht länger als 14 Lage bauern, ohne daß dieselben zusammenbenufen und die getroffenen Maaswegeln zu ihrer Genehmigung vorgelegt werden. Woltere Bestimmungen bleiben einem Reichsgeset vorbedalten.

Far bie Berfundigung bes Belagerungszuffandes in Festungen bleiben die bestehenden gefehlichen Bor-

fcorften in Rraft.

Bur Beurfundung:

Franffurt a. M., ben 28. März 1849.

Martin Eduard Sim fon von Königsberg in Preußen, d. B. Präsident der versassunggebenden Reiche versammlung.

Rari Rirchgegner aus Würzburg, b. 3. II. Stellvertreter bes Borfigenden, Abgeormeter bes Babl

begirfes Weiler in Bapern.

Gwiedrich Sieg. Jucho aus Frankfurt a. M., I. Schriftschrer.

Rael Bugust Fetzer aus Stuttgart, Schriftschren.
Dr. Anton Riehl aus Wien, Abgeordneter für Ameld. Schriftschwer.

Rarl Biebermann aus Leipzig, Abgeordneter

fitt ben XL füchfichen Bablbegirt, Schriftführer.

Gustav Robert v. Malbah mand Cüskin, Abgeords, meden für den Wahlkreis Königdberg i. d. R., Schriftsherer.

Wer Reuma pa aus München, Abgeordnater für den Raubenscherischen Wahlkeriet, Schriftsusser.

Neichs-Wahl-Geset.

Gefet,

betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Boltsbaufe.

E Der Reichsverweser, in Aussührung des Befchluffes der Reichsversammlung vom 27. März 1849, verkändet als Geset:

Reichegeset

über die Bahlen der Abgeordneten jum Boltshaufe.

Art. 1. S. 1. Mähler ist jeber unbescholtene Deutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat.
S. 2. Bon der Berechtigung zum Mählen find

g. 2. 2504 oet Berechngung zum Wahlen fun

ausgeschlossen:

1) Perfonen, welche unter Bormundschaft ober Gu-

ratel fteben ;

2) Personen, über beren Bermögen Concurs ober Fallitgustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar mahrend der Dauer dieses Concurs oberFallitversahrens; Personen, welche eine Armenunterführung aus öffentbigen sher Gemeindemitteln beziehen ober im letzten

3) der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben. 5. 3. 216 bestholten, also von der Betechtigung

zum Mählen ausgesthlossen, sonen angeseben werden: Personen, benen duch rechtsträftiges Erlenntuiß nach ben Geseen bes Einzeiftaates, wo das Urtheil erging, enimeder:ummittelbar ober mittelbar der Wollgenuß der Paatsburgerlichen Rechte entzogen in, sofern sie in diese Ruhte nicht wieder einzesest worden sind.

S. 4. Des Rechts zu mahlen foll, unbeschabet ber

٠. ـ

sonst verwirkten Strafen, für eine Zeit von 4 bis 12 Jahren durch strafgerichtliches Ertenntnis verlustig erflärt werden, wer bei den Wahlen Stimmen erkauft, seine Stimme verkauft, oder mehr als einmal bei der für einen und denfelben Zweck bestimmten Wahl seine Stimme abgegeben, oder zur Einwirkung auf die Wahl überhaupt gesehlich unzulässige Nittel angewendet hat.

Art. 2. S. 5. Wählbar jum Abgeordneten bes Bolfshaufes ist jeder mablberechtigte Deutsche, welcher bas fünfundzwanzigste Lebensjahrzuruckgelegt, und seit mindesftens brei Jahren einem beutschen Staate angehört hat.

Erstandene oder durch Begnadigung erlaffene Strafe wegen politischer Berbrechen schließt von der Babl in

bas Bolfshaus nicht aus.

S. 6. Perfonen, die ein öffentliches Umt bekleipen, bedurfen gum Gintritt in bas Bolfshaus teines Urlaubs.

Art. 3. §. 7. In jedem Einzelstaate find Mabbtreise von je 100,000 Seelen der nach der letten Bolfsgählung vorhandenen Bevolkerung zu bilden.

S. 8. Ergibt fich in einem Einzelstaate bei der Bildung der Mahlfreise ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen, fo ist hierfür ein besonderer Wahlfreis zu bilden.

Ein Ueberschuß von weniger als 50,000 Geelen ift unter die anderen Mahltreise des Einzelstaates vershältnismäßig zu vertheilen.

S. 9. Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen bilben einen Wahlkreis. Diefen foll die Stadt Lübed gleichgestellt werden.

Diejenigen Staaten, welche keine Bevölkerung von 50,000 Seelen baben, werden mit andern Staaten nach Maßgabe der Reichsmahlmatrikel (Anlage A) zur Bild bung von Wahlfreisen zusammengelegt.

Digitized by Google

S. In Die Dabliteise werden gum 3wed bes

Stimmenabgebens in fleinere Begirte eingetheilt.

Art. 4. S. 11. Wer das Wahlrecht in einem Bablbezinke ausüben will, muß in demfelben jur Zeit ber Babl feinen festen Wohnst haben. Jeder darf

unr en einem Orte wählen.

Der Standort ber Soldaten und Militärpersonen gitt als Wohnsty und berechtigt zur Wahl, wenn der felbe feit drei Monaten nicht gewechselt worden ift. — In den Staaten, wo Landwehr besteht, tritt für diese dahin eine Nusnahme ein, daß Landwehrpstichtige, welche sich zur Zeit der Wahlen unter den Fahnen befinden, an dem Orte ihres Aufenthalts für ihren Heimathsbezirk mablen, Wie naheren Anordnungen zur Ansführung dieser Bestimmung bieiben den Regierungen der Einzelstaaten überlaffen.

S. 12. In jedem Bezirte find zum Zweck der Mabien Liften anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Geworde und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spatestens vier Wochen vor dem zur ordentlichen Wahl bestimmten Tage zu Jedermauns Einsicht auszulegen

und dies öffentlich bekannt zu machen.

Einsprachen gegen die Liften sind binnen acht Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Bebörde, welche die Bekkanntmachung et anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen, worauf die Liften gesichlossen werden. Nur diejenigen find zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche ju die Liften aufgenommen sind.

Art. 5. S. 13. Die Wahlhandlung ift öffentlich. Bei berselben find Gemeinbemitglieber zuzuziehen, welche

tein Staats ober Gemeinbe-Limt befleiben.

Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmsettel

ohne Unterschrift ausgeübt.

Diglized by Google

1 S. T4. Die Wahl ist birect. Sie erfolgt burch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahltreis

abgegebenen Stimmen.

Stellt bei einer Wahl eine abfolute Stimmenmehrbeit sich nicht heraus, so ist eine zweite Wahlhandlung vorzunehmen. Wird auch bei dieser eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so ist zum dritten Mal nur unter den zwei Candidaten zu wählen, welche in der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten baben.

Bei Stimmengleichheit entscheibet bas Loos.

5. 15. Stellvertreter ber Abgeordneten find nicht au mablen.

5. 16. Die Wahlen find im Umfang des gangen Reichs an einem und demfelben Tage vorzunehmen,

ben die Reichsregierung bestimmt.

Die Bablen, welche spater erforderlich werben, find von den Regierungen der Einzelftaaten auszu-

fcreiben.

5. 17. Die Wahltreise und Mahlbezirte, die Wahldirectoren und das Wahlversahren, in so weit dieses nicht durch das gegenwärtige Geseth sestgestellt worden ist, oder durch Anordnung der Reichsgewalt noch sestgestellt werden wird, werden von den Regierungen der Einzelstaaten bestimmt.

Anlage A.

Reichswahlmatritel.

Bum Zwed der Wahlen der Abgeordneten zum Boltshaus werden zusammengelegt:

1) Liechtenftein mit Defterreich.

2) heffen homburg v. d. höbe mit dem Großherzogihum heffen; — das heffen bomburgische Dberamt Melfenheim auf dem linden Abeisuher mit Rheinbarern.

3) Schaumburg-Lippe mit Heffen-Caffel.

4) hobenzollern-hechingen mit hobenzollerneSigmaringen.

5) Reuß ältere Linie mit Reuß jungerer Linie.

6) Unhalt . Cothen mit Unhalt . Bernburg.

7) Lauenburg mit Schleswig - holftein.

7) Der auf ber linten Rheinseite gelegene Theil bes Großberzogthums Olbenburg mit Rheinpreugen.

9) Pyrmont mit Preugen.

Frantfurt, ben 12. April 1849.

Der Reitfiverivfen Ergherzog Johann.

Die interimistischen Reichsminister h. v. Gagern. v. Peuder, v. Bederath. Dudwig. R. Mohl.

Gefes,

betreffend bie Laggelder und Reifegelder der Abgeordneten jum Reichstage.

Der Reichsverweser, in Ausführung bes Beschluffes ber Reichsversammlung vom 27. März 1849, verkundet als Geset:

Reid & gefeß

über die Laggelber und Reifegelber ber Abgeordneten jum Reichstage.

Die Mitglieder bes Staatenhaufes und bes Boltshaufes erhalten ein Taggelb von fieben Gulden rheinisch und eine Reisefoffeneutschröbigung von einem Gulden für bie Malle, somphi der hinneise als der Rüdreise,

Digitized by Google

und geniefen Portofreiheit für alle du fie gelungenben, ober von ihnen ausgehenben Correspondemen und Drudfachen.

Frantfurt, ben 12. April 1849.

Der Reichsverwefer-Ergherzog Sobann.

Die interimistichen Reichsminister. D. v. Gagern. v. Peuder. v. Bederath. Dudwig. R. Mohl.

Einführungs-Geseth für die Grundrechte.

Die Grundrechte bes beutschen Bolts werden im igangen Umfange bes beutschen Reichs unter nachfolgenben Bestimmungen hiermit eingeführt:

Met. 1. Mit biefem Reichsgefete treten in Rraft

bie Bestimmungen:

1) ber Paragraphen eins und zwei,

2) des Paragraphen drei, jedoch in Beziehung auf Aufenthalt, Wohnsit und Gewerbebetrieb unter Borbehalt der in Aussicht gestellten Reichsgesete,

3) der Paragraphen vier, funf und feche,

4) bes Paragraphen fieben unter Borbehalt ber in Art. 3 und 8 biefes Gefetes enthaltenen Befdranfungen,

5) bes Paragraphen acht, und zwar rudfichtich bes 12 14 leifteit; Beet und Geelwefent betreffenben, 20. 13 fabet unter Broweifung auf Art. 3 wiefes Gefese,

Digitized by Google

6) bes Paragraphen gehn, unter Borbihalt ber unter Mrt. 3. und 7 enthaltenen Bestimmungen

7) ber Paragraphen eilf und zwölf,

8) bes Paragraphen breizehn, mit ber Maggabe, bag, wo Schwurgerichte noch nicht eingeführt find, bis ju beren Ginführung über Pregvergeben ble bestehenben Berichte entscheiben,

9) der Paragraphen vierzehn, fünfgehn, fechegebn, fowie des zweiten und dritten Abfates im Paragraphen fiebengebn, und bes Paragraphen acht-

zehn,

10) der Paragraphen zweiundzwanzig, vierundzwans zig, fünfundzwanzig und achtundzwanzig, 11) der Paragraphen neunundzwanzig, breißig und

einundbreißig,

12) bes Paragraphen zweiundbreißig, bes zweiten Abfages im Paragraphen breiundbreißig, ber Paragraphen vierundereißig, fünfundbreißig, mit Ausnahme bes erften Abfates (Art. 2, 8), bes zweis ten Abfabes im Paragraphen fechsundbreißig, bann fiebenunddreißig unter Borbehalt ber über die Ablösung der betreffenden Jagdgerechtigkeiten und über bie Ausübung bes Jagbrechts gu erlafe fenden Gefete (Art. 4.),

13) des Paragraphen zweiundvierzig und bes erften

Absahes im Paragraphen vierundvierzig.

Alle Bestimmungen einzelner Landesmidte, welche hiermit in Widerfpruch fteben, treton außer Rraft.

Art. 2. In Beziehung auf ben im Pavagraphen fiebengehn ausgesprochenen Guntofas ber Gelofftanbigteit ber Religionsgefellschaften follen bie pranischen Einrichtungen und Gefete, welche für bie bestebenben

Anden gur Durchführung bieses Princips eufgebenlich find, in ben Einzelftaaten möglichft balb getroffen und

erlaffen werden.

Birt. 3. Abanderungen ober Ergangungen der Lanbestelbgebungen, fo weit diefelben durch die folgenden Bestimmungen der Grundrechte geboten find, follen ungefaumt auf verfaffungemäßigem Wege getroffen werden,

und zwar

1) statt ber im Paragraphen neun und Paragraphere vierzig abgeschafften Strasen des Todes, des Pransgers, der Brandmarkung, der körperlichen Züchtisgung und der Bermögenseinziehung durch gesetzliche Keststellung einer anderweiten Bestrafung der betreffenden Berbrechen;

2) burch Ausfüllung ber Lüden, welche in Folge ber im Paragraphen fieben ausgesprochenen Aufhebung ber Standesunterschiede im Privatrechte eintreten;

8) durch Regelung ber Wehrpflicht auf Grund ber im Paragraphen fieben enthaltenen Borfchrift;

4) burch Seftstellung ber beim heers und Seewesen vorbehaltenen Modisicationen bes Paragraphen acht;

5) durch Erlaffung der Gefete, welche den britten im Paragraphen gebn ermabnten Kall der haus-

fudung ordnen;

6) dund Eriassung der nach Paragraph neunzehn, zwanzig und einundzwanzig erforderlichen Borfchristen über Eid, She und Standesbücher;

7) dench Einrichtung des Schulwesens auf Grund der

7) durch Einrichtung bes Schulwesens auf Grund der Paragraphen dreiundzwanzig, sechsundzwanzig und sebenundzwanzig;

B) durch Renderungen im Gerichts, und Bermal-

tungswesen gemäß ben Bestimmungen bes Paragraphen fünfundbreißig im ersten Absah, der Paragraphen einundvierzig, dreiundvierzig, vierundvierzig im zweiten und dritten Absahe, sowie der Paragraphen sünsundvierzig bis einschließlich neunundvierzig.

Art. 4. Cbenso ift ungefaumt die weitere Festftellung der in den Paragraphen dreiunddreißig, sechsunddreißig dis einschließlich neunumddreißig geordneten Eigenthumsverhältnisse in den einzelnen Staaten vor-

gunehmen.

Art. 5. Die Erlaffung und Ausführung ber vorftebend gedachten neuen Gefete follen von Reichs we-

gen überwacht werden.

Art. 6. Bis zur Erlaffung ber in ben Paragras phen brei, breizehn, zweiundbreißig und fünfzig erwähnsten Reichsgesete find die betreffenden Berhaltniffs ber

Landesgefeggebung unterworfen.

Art. 7. In den Fällen, in welchen nach dem Borsstehenden neue Gesetze erforderlich oder in Aussicht gestellt sind, bleiben bis zur Erlaffung derselben für die betreffenden Berhältniffe die bisherigen Gesetze in Krast. Rückschlich der Haussuchung bleibt densenigen öffentlichen Beamten, welche zum Schutz der Abgabenerhebung und des Waldeigenthums zur Haussuchung besugt sind, vorläusig diese Besugniß.

Art. 8. Abanderungen der Grundverfassung einszelner deutscher Staaten, welche durch die Abschaffung der Standesvorrechte nothwendig werden, sollen innerbalb sechs Monaten durch die gegenwärtigen Organe der Landesgesetzgebung nach folgenden Bestimmungen

herbeigeführt merden :

Einführungs-Gefes für Die Geunbrechte.

T) bie burd bie Berfaffungenrtunden für den Fall ber Berfaffungsanderungen vorgeschriebenen Erfcmerungen ber Beschlugnahme finden teine Unwendung, vielmehr ift in den Kormen der gewöhnlichen Geseigebung zu verfahren;

2) wenn in Staaten, mo zwei Rammern besteben, biefer Beg feine Bereinigung berbeiführen follte, fo treten biefe gufammen, um in einer Berfammhma burch einfache Stimmenmehrheit die er-

: forberlichen Beschluffe ju faffen.

Uebrigens bleibt' ben gegenwärtigen Organen ber Laubesgefehgebung unbenommen, fich barüber, baß Die gebachten Sibanderungen burch eine neu gu mabiende Landesversammlung vorgenommen werden, zu vereinbaven, für welche Bereinbarung bie Bestimmungen unter

1) und 2) gleichfalls maggebend find.

Sind in der bezeichneten Frist die betreffenden Gefete nicht erlaffen, so bat die Reichsgewalt bie Regies rung bes einzelnen Staates aufzuforbern, ungefaumt auf Grundlage bes Reichemablgefeges eine aus einer einzigen Rammer bestehende Landesversammlung jur Revifton ber Landedverfaffung und übrigen Gefengebung in liebereinstimmung mit ben Befchluffen ber Rationals versammlung zu berufen. Frankfurt, den 27. Dezember 1848,

Der Reichevermefer. Ergherzog Johann.

Die Reichminifter.

5. v. Gagern. v. Peuder. v. Bederatb. Dudwis. R. Mobil.

منك

Grundrechte

Ø

des deutschen Boltes

nebft

Einführungsgeset.

- 1. Die Grundrechte bes beutschen Bolfes.
- 2. Ginführungegefet.

Leipzig,

Drud und Berlag von Breitfopf und Bartel.

1849.

Digitized by Google

Gefet,

betreffend die Grundrechte des dentschen Wolks.

Der Reichsverweser, in Ausführung bes Beichluffes ber Reichsversammlung vom 21. December 1848, verkundet als Gefet:

I. Grundrechte des deutschen Volks.

Dem beutschen Bolke sollen bie nachstehenden Grunds rechte gewährleistet sein. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen, und keine Bers fassung oder Gesetzebung eines deutschen Einzelstaates foll bieselben ie ausbeben oder beschränken können.

Artifel 1.

§. 1. Das beutsche Bolt besteht aus ben Angehöri= gen ber Staaten, welche bas beutsche Reich bilben.

§. 2. Jeber Deutsche hat bas beutsche Reichsburgerrecht. Die ihm Kraft beffen zustehenben Rechte kann er in jedem beutschen Lande ausüben. Ueber bas Recht, zur beutschen Reichsversammlung zu mahlen, verfügt bas Reichswahlgeses.

§. 3. Jeber Deutsche hat bas Recht, an jebem Orte bes Reichsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsit zu nehmen, Liegenschaften jeber Art zu erwerben und bar- über zu verfügen, jeben Nahrungszweig zu betreiben, bas Gemeinbebürgerrecht zu gewinnen.

Die Bebingungen für ben Aufenthalt und Bohnfit werben burch ein Beimathegefet, jene für ben Gewerbe-

betrieb burch eine Gewerbeordnung für gang Deutschland

von ber Reichsgewalt feftgefest.

Rein beutscher Staat barf zwischen feinen Angehöris gen und andern Deutschen einen Unterschied im burgers lichen, peinlichen und Prozes-Richte machen, welcher die letteren als Ausländer zurucklest.

S. Die Strafe bee burgerlichen Tobos foll nicht flattfinden, und ba, wo fie bereits ausgesprochen ift, in thren Wirlungen aufhoren, soweit nicht hierourch er-

worbene Brivatrechte verlent merben.

§. 6. Die Auswanderungsfreiheit ift von Staatswegen nicht beschränkt; Abzugsgelber burfen nicht erhoben werben.

Die Auswanderungsangelegenheit fteht unter bem

Souge und ber Burforge bes Reiche.

Artifel 2.

5. 7. Bor bem Gefete gilt tein Unterfcheb ber Stanbe. Der Avel all Stanb ift aufgehoben.

Alle Stanbesvorrechte find abgeschafft.

Die Deutschen find vor bem Gefete gleich.

Mie Attel, infoweit fie nicht mit einem Amte vers bunden find, find aufgehoben und burfen nie wieber eingeführt werben.

Rein Ctaatsangeboriger barf von einem auswärtigen

Staate einen Orben annebmen.

Die bffentlichen Memter find für alle Befähigten

gleich zuganglich.

Die Behrpfitcht ift fur Alle gleich; Stellvertretung bei berfelben findet nicht ftatt.

Artifel 3.

S. 8. Die Freiheit ber Berfon ift unverleglich. Die Berhaftung einer Berfon fon, außer im Falle ber Ergreifung auf frifcher That, nur geffeben in Braft einen richterlichen, mit Grunden versehenen Befehls. Dieser Befehl muß im Augenblicke ben Berhaftung ober innerhalb der nachsten vier und zwanzig Stunden bem Berhafteten zugeftellt werben.

Die Boligeibehörde muß Jeden, ben fie in Bermahrung genommen hat, im Laufe bes folgenden Lages entweder

freilaffen ober ber richterlichen Beharbe übergeben.

Jeber Angeschuldigte foll gegen Stellung einer vom Gericht zu bestimmenben Caution ober Burgichaft ber haft entlaffen werben, sofern nicht bringenbe Anzeigen eines schwenen peinlichen Berbrechens gegen benfelben vorliegen.

3m. Falle einer wiberrechtlich verfügten ober verlans gerten Gefangenschaft ift ber Schuldige und nöthigenfalls ber Staat bem Berletten zur Genugthnung und Ents

icabigung verpflichtet.

Die für bas Geer : und Geewefen erforberlichen Mo= biffeationen biefer Bestimmungen werben befonberen Ge=

feten vorbehalten.

h. 9. Die Tobesfirafe, ausgenommen wo bas Ariegs= recht fie vorschreibt, ober bas Secrecht im Fall von Meutewien fie zuläßt, fo wie die Strafen bes Brangers, ber Brandmartung und ber forperlichen Buchtigung, find abgeschafft.

5. 10. Die Wohnung ift unverletlich.

Eine Sandfuchung ift nur julaffig:

1) In Rrafteines richterlichen, mit Grunden versebenen Befehls, welcher fofort ober innerhalb ber nachften vier und zwanzig Ctunden bem Betbeiligten zuge=

ftellt werben foll; D) im Balle ber Berfo'aung auf frifcher That burch

ben gefetlich berechtigten Beamten ;

3) in ben Fällen und Formen, in welchen bas Gefet ausnahmsweise bestimmten Beamten auch ohne riche terlichen Befehl biefelbe gestattet.

Die Saussuchung muß, wenn thunlich, mit Bugies bung von Sausgenoffen erfolgen.

Die Unverleglichkeit ber Wohnung ift fein Sinberniß

ber Berhaftung eines gerichtlich Berfolgten.

§. 11. Die Beschlagnahme von Briefen und Bapieren barf, außer bei einer Berhaftung ober haussuchung,
nur in Araft eines richterlichen, mit Grunden versehenen
Befehls vorgenommen werben, welcher fofort ober inner=
halb ber nächften vier und zwanzig Stunden dem Betheisligten zugestellt werden soll.

6. 12. Das Briefgebeimniß ift gemabileiftet.

Die bei ftrafgerichtlichen Untersuchungen und in Rriegsfällen nothwendigen Befchrantungen find burch bie Gefebgebung feftzustellen.

Artifel 4.

§. 13. Jeber Deutsche hat bas Recht, burch Wort, Schrift, Druck und bilbliche Darftellung seine Reinung

frei zu außern.

Die Breffreiheit barf unter teinen Umftanben und in teiner Weise burch vorbeugende Maßregeln, naments lich Censur, Concessionen, Sicherheitsbestellungen, Staatsauflagen, Beschräntungen ber Drudereien ober bes Buchphanbels, Bostverbote ober anbere hemmungen bes freien Bertehrs beschräntt, suspendirt ober aufgehoben werben.

Ueber Brefvergeben, welche von Amtswegen verfolgt werben, wird burch Schwurgerichte geurtbeilt.

Ein Brefgefet wird vom Reiche erlaffen werben.

Artifel 5.

§. 14. Jebet Deutsche hat volle Glaubens = und Ge- wiffensfreiheit.

Riemand ift verpflichtet, feine religibse Ueberzeugung

zu offenbaren.

5. 15. Jeber Deutsche ift unbeschränkt in bet ge-

meinfamen hauslichen und öffentlichen Uebung feiner Religion.

Berbrechen und Bergeben, welche bei Ausübung biefer Freiheit begangen werben, find nach bem Gefege gu bestrafen.

§. 16. Durch bas religible Bekenntniß wird ber Genuß ber burgerlichen und ftaatsburgerlichen Rechte weber bedingt noch beschränkt. Den ftaatsburgerlichen Pflichten barf baffelbe keinen Abbruch ibun.

§. 17. Bebe Religionegefellichaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten felbfiffandig, bleibt aber ben

allgemeinen Staatsgefeten unterworfen.

Reine Religionsgefellichaft genießt vor andern Borrechte burch ben Staat; es befteht fernerhin teine Staatsfirche.

Neue Religionsgefellschaften burfen fich bilben; einer Anerkennung ihres Bekenntniffes burch ben Staat bebarf es nicht.

6. 18. Niemand foll zu einer firchlichen Ganblung ober Beierlichfeit gezwungen werben.

6. 19. Die Formel bes Gibes foll fünftig lauten :

"So mahr mir Bott helfe".

§. 20. Die burgerliche Gultigkeit ber Che ift nur von ber Bollziehung bes Civilactes abhängig; die kircheliche Trauung kann nur nach ber Bollziehung bes Civilactes flatifinden.

Die Religioneverschiebenheit ift fein burgerliches

@bebinbernif.

§. 21. Die Stanbesbucher werben von ben burger- lichen Beborben geführt.

Artifel 6.

6. 22. Die Wiffenschaft und ihre Lehre ift frei.

§. 23. Das Unterrichts = und Erziehungswefen fleht unter ber Dbergufficht bes Staats, unb ift, abgefeben vom Religionounterricht, ber Beauffichtigung ber Geifi-

lichfeit als folder enthoben.

§. 24. Unterrichte : und Erziehungeanftalten gu grunden, gut leiten und an folchen Unterricht zu erthellen, fteht jedem Deutschen frei, wenn er seine Befahigung ber betreffenben Staatebeborbe nachgewiesen hat.

Der handliche Unterricht unterliegt feiner Be-

fchräntung.

§. 25. Für bie Bilbung ber beutichen Jugenb foll burch offentliche Schulen aberall genügend geforgt werben.

Eltern ober beren Stellvertreter burfen ihre Rinder ober Bflegebefohlenen nicht ohne ben Unterricht laffen, welcher für bie unteren Bollofchulen vorgeschrieben ift.

6. 26. Die öffentlichen Lebrer baben bie Rechte ber

Staatebiener.

Der Staat ftellt unter gefehlich geordneter Betheis ligung ber Gemeinben aus ber Bahl ber Gepruften bie Lehrer ber Bolfofchulen an.

5. 27. Für ben Unterricht in Bolteschulen und nie-

beren Gewerbeschulen wird fein Schulgelb bezahlt.

Unbemittelten foll auf allen öffentlichen Unterrichte-

anftalten freier Unterricht gemabrt werben.

§. 28. Es fteht einem Beben frei, feinen Beruf gumah= len und fich fur benfelben auszubilben, wie und wo er will.

Artifel 7.

§. 29. Die Deutschen haben bas Recht, fich friedlich und ohne Baffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubnif bagu bedarf es nicht.

Boltsversammlungen unter freiem himmel tonnen bei bringenber Gefahr fur bie offentliche Ordnung und

Sicherheit verboten werben.

f. 30. Die Deutschen haben bas Recht, Bereine zu Bilben. Diefes Recht foll burch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werben.

§. 31. Die in ben §§. 29 und 30 enthaltenen Beftimmungen finden auf bas Geer und bie Kriegeflotte Anwendung, insoweit bie militarifchen Disciplinars vorfcriften nicht entgegenfteben.

Artifel 8.

6. 32. Das Gigenthum ift unverleglich.

Gine Enteignung tann nur aus Rudfichten bes gemeinen Beften, nur auf Grund eines Gefeges und gegen gerechte Entichabigung vorgenommen werben.

Das geiftige Gigenthum foll burch bie Reichsgefet=

gebung geschügt werben.

S. 33. Jeber Grundeigenthumer kann feinen Grunds besit unter Lebenden und von Todeswegen gang ober theilweise veräußern. Den Einzelstaten bleibt überlassen, die Durchführung bes Grundsages ber Theilbarkeit alles Grundeigenthums durch Uebergangegesetz zu versmitteln.

Für bie tobte Sand find Befdrantungen bes Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über fie zu verfügen, im Bege ber Gefetgebung aus Gründen bes öffentlichen Boble gulaffig.

6. 34. Jeber Unterthanigfeite = und Gorigfeitever=

band bort für immer auf.

6. 35. Chne Entschäbigung find aufgehoben:

1) Die Patrimonialgerichtsbarteit und bie grundberrliche Polizei, fammt ben aus biefen Rechten flie-Benben Befugniffen, Eremtionen und Abgaben;

2) bie aus bem gute : und ichugherrlichen Berbanbe fliegenden verfonlichen Abaaben und Leiftungen.

Mit diefen Rechten fallen auch bie Gegenleiftungen und Laften weg, welche bem bisher Berechtigten bafur' oblagen.

S. 36. Alle auf Grund und Boden haftenben Abgaben und Leiftungen, inebefondere bie Behnten find ablbebar: ob nur auf Antrag bes Belafteten ober auch bes Berechtigten, und in welcher Beife, bleibt ber Gefenges bung ber einzelnen Staaten überlaffen.

Es foll fortan tein Grunbftud mit einer unablosbaren Abgabe ober Leiftung belaftet werben.

§ 6. 37. 3m Grundeigenthum liegt bie Berechtigung gur Sagb auf eignem Grund und Boben.

Die Jagbgerechtigkeit auf frembem Grund und Boben, Jagbbienfte, Jagbfrohnben und andere Leiftungen für Jagbzwecke find ohne Entschäbigung aufgehoben.

Nur ablösbar jedoch ift bie Jagdgerechtigfeit, welche erweislich burch einen läftigen, mit bem Eigenthumer bes belafteten Grundfluces abgeschloffenen Bertrag erworben ift; über die Art und Weise der Ablösung haben die Landesgesetzebungen das Weitere zu bestimmen.

Die Ausübung bes Jagbrechts aus Gründen ber offentlichen Sicherheit und bes gemeinen Bobls zu orbnen, bleibt ber Lanbesgesetzgebung vorbehalten.

Die Jagbgerechtigkeit auf frembem Grund und Boben barf in Bukunft nicht wieber als Grundgerechtigkeit bestellt werben.

§. 38. Die Familienfibeicommiffe find aufzuheben. Die Art und Bedingungen ber Aufhebung bestimmt bie Gefeggebung ber einzelnen Staaten.

Ueber bie Familienfibeicommiffe ber regierenben fürfilichen Saufer bleiben die Bestimmungen ben Lanbes: gefetgebungen vorbehalten.

§. 39. Aller Lebensverband ift aufzubeben. Das Rabere über die Art und Beife ber Ausführung haben bie Gefetgebungen ber Einzelftaaten anzuordnen.

§. 40. Die Strafe ber Bermbgenseinziehung foll nicht flattfinben.

Digitized by Google

Artifel A.

6. 41. Alle Gerichtsbarfeit geht vom Staate aus. Es follen feine Batrimonialgerichte befteben.

6. 42. Die richterliche Gewalt wird felbftftanbig von ben Gerichten geubt. Cabinets : und Minifterialjuftig ift unftattbaft.

Riemand barf feinem gefetlichen Richter entzogen

werden. Ausnahmegerichte follen nie ftatifinden.

6. 43. Es foll feinen privilegirten Gerichtoftanb ber

Berfonen ober Guter geben.

Die Militargerichtsbarteit ift auf Die Aburtbeilung militarifder Berbrechen und Bergeben, fo wie ber Di= litar = Disciplinarvergeben befchrantt, vorbehaltlich ber Beftimmungen für ben Rriegeftanb.

6. 44. Rein Richter barf, außer burch Urtheil und Recht, von feinem Umte entfernt, ober an Rang und Behalt beeintrachtigt werben.

Suspenfion barf nicht ohne gerichtlichen Beschluß

erfolgen.

Rein Richter barf wiber feinen Willen, außer burch gerichtlichen Beschluß in ben burch bas Befet beftimm= ten Fallen und Formen, ju einer anbern Stelle verfest ober in Rubeftanb gefest merben.

6. 45. Das Gerichtsverfabren foll öffentlich und

mundlich fein.

Ausnahmen von ber Deffentlichfeit beftimmt im Intereffe ber Sittlichkeit bas Befet.

6. 46. In Straffachen gilt ber Anflageprozeß.

Schwurgerichte follen jebenfalls in ichwereren Straf= fachen und bei allen politifchen Bergeben urtheilen.

6. 47. Die burgerliche Rechtspflege foll in Gachen befonberer Berufeerfahrung burch fachtunbige, bon ben Berufsgenoffen frei gemählte Richter geubt ober mitgeubt merben.

6. 48. Rechtspflege und Verwaltung follen getrennt

und von einander unabbangig fein.

Ueber Competenzconflicte zwischen ben Berwaltungsund Gerichtsbehörben in ben Einzelstaaten enticheibet ein burch bas Gefen zu beftimmenber Gerichtshof.

6. 49. Die Berwaltungerechtepflege bort auf; über

alle Rechtsverlegungen eutscheiben bie Berichte.

Der Polizei ftebt feine Strafgerichtsbarteit zu.

§. 50. Mechteträftige Urtheile beutscher Gerichte find in allen beutschen Landen gleich wirksam und voll- ziebbar.

Ein Reichsgeset wird bas Mabere bestimmen.

11. Cinführungs - Befetg.

Die Grunbrechte bes beutschen Bolfe merben im gangen Umfange bes beutichen Reichs unter nachfolgenben Bestimmungen biermit eingeführt:

Artifel 1.

Mit biefem Reichsgeset treten in Rraft bie Bestim= mungen:

1) ber Baragraphen eins und zwei,

2) bes Baragraphen brei, jeboch in Beziehung auf Aufenthalt, Wohnfit und Gewerbebetrieb unter Borbehalt ber in Aussicht gestellten Reichsgefebe,

3) ber Baragraphen vier, fünf und feche,

4) bes Baragraphen fieben unter Borbehalt ber in Mrt. 3. unb 8. biefes Gefeges enthaltenen Besichrantungen,

5) bes Paragraphen acht, und zwar rudfichtlich bes legten, heer = und Seewelen betreffenben Absabes unter Berweisung auf Art. 3. biefes Gefetes,

6) bes Baragraphen gebn., unter Borbehalt ber unter Art. 3. und 7. enthaltenen Beftimmungen, 7) ber Barngraphen eilf und zwölf,

8) bes Baragraphen breizehn, mit ber Maggabe, baß, wo Schwurgerichte noch nicht eingeführt find, bis zu beten Einflichung über Bregvergeben bie bestehenden Gerichte entscheiden,

9) ber Baragraphen vierzehn, fünfzehn, fechszehn, fo wie bes zweiten und britten Abfages im Baragraphen fiebenzehn, und bes Baragraphen

achtzebn,

10) ber Baragraphen zweinn bzwanzig, vierun be zwanzig, fünfundzwanzig und achtunbe zwanzig,

11) ver Baragraphen neun undzwanzig, breifig

und einundbreißig,

12) des Paragraphen zweinnbbreißig, bes zweiten Abfages im Baragraphen breiunbbreißig, ber Paragraphen bierunbbreißig, fünfundsbreißig, mit Ausnahme bes erften Abfages (Art. 3.6), des zweiten Abfages im Paragraphen feches unbbreißig, bann fieben unbbreißig miter Borbehalt ber über die Ablöfung der betreffenden Jagbgerechtigkeiten und über die Ausübung bes Jagbrechts zu erlaffenden Gesche (Art. 4.),

13) bes Baragraphen zweiundvierzig und bes erften Abfages im Baragraphen vierundvierzig. Alle Bestimmungen einzelner Landesrechte, welche

hiermit in Biberfpruch fleben , treten außer Rraft.

Mrtifel 9.

In Beziehung auf ben im Baragraphen fieben= gebn ausgesprochenen Grundsat ber Selbstftänbigfeit ber Relizionsgefellschaften sollen die organischen Gin= richtungen und Gesete, welche für die bestehenden Rir= chen zur Durchführung bieses Princips erforderlich find, in ben Einzelftaaten möglichst balb getroffen und erlaffen werben.

Artifel 3.

Abanberungen ober Ergangungen ber Lanbesgefetzgebungen, foweit biefelben burch bie folgenben Bestimmungen ber Grunbrechte geboten find, follen ungefaumt auf verfaffungsmäßigem Wege getroffen werben, und zwar

1) flatt ber im Baragraphen neun und Baragraphen vierzig abgeschafften Strafen bes Tobes, bes Brangers, ber Branbmarkung, ber torperlichen Büchtigung und ber Bermögenseinziehung burch gesehliche Festikellung einer anberweiten Bestrafung ber betreffenben Berbrechen;

2) burch Ausfullung ber Luden, welche in Folge ber im Baragraphen fieben ausgesprochenen Aufhebung ber Stanbesunterschiebe im Brivatrechte

eintreten ;

3) burch Regelung ber Behrpflicht auf Grund ber im Baragraphen fieben enthaltenen Borfchrift;

4) burch Beftstellung ber beim Geer= und Seewefen vorbehaltenen Mobisicationen bes Paragraphen acht;

5) burch Erlaffung ber Gefete, welche ben britten im Baragraphen gebn ermahnten Kall ber Saus-

fuchung orbnen;

6) burch Erlaffung ber nach Baragraph neungebn, zwanzig und einundzwanzig erforberlichen Borfchriften über Gib, Che und Stanbesbucher;

7) burch Einrichtung bes Schulwefens auf Grund ber Baragraphen breiunbawangig, fechbunb-

zwanzig und fiebenundzwanzig;

8) burch Aenberungen im Gerichte- unb Berwaltungewefen gemäß ben Bestimmungen bes Baragraphen funfunbbreißig im ersten Abfat ber Baragraphen einundvierzig, dreiundvierzig, vierundvierzig im zweiten und britten Absabe, sowie der Paragraphen fünfundvierzig bis eins schleßlich neunundvierzig.

Mrt. 4.

Ebenfo ift ungefaumt bie weitere Feftftellung ber in ben Baragraphen breiunbbreißig, fecheunbs breißig bis einschließlich neununbbreißig geords neten Cigenthumeverhaltniffe in ben einzelnen Staaten vorzunebmen.

21rt. 5.

Die Erlaffung und Ausführung ber vorftebend gebachten neuen Gefete follen von Reichswegen übermacht werben.

Mrt. 6.

Bis zur Erlaffung ber in ben Baragraphen brei, breizehn, zweiunbbreifig unb funfzig ermahnsten Reichsgesehe find bie betreffenben Berhaltniffe ber Lanbesgesetzebung unterworfen.

Mrt. 7.

In ben Fällen, in welchen nach bem Borftehenben neue Gefete exforberlich ober in Aussicht gestellt find, bleiben bis zur Erlaffung berselben für die betreffenden Berhältniffe die bisherigen Gefete in Kraft. Rudfichte lich ber Saussuchung bleibt benjenigen öffentlichen Beamten, welche zum Schutz ber Abgabenerhebung und bes Waldeigenthums zur Saussuchung befugt find, vorläufig diese Befugniß.

Mrt. 8.

Abanberungen ber Grundverfaffung einzelner beutsicher Staaten, welche burch bie Abichaffung ber Stans besvorrechte nothwendig werden, follen innerhalb fechs Monaten burch bie gegenwärtigen Organe ber Lanbes-

gefetgebung nach folgenben Bestimmungen herbeigeführt werben :

1) Die burch bie Berfaffungsurtunden für ben Fall ber Berfaffungsanderungen vorgeschriebenen Erichwerungen ber Beschlufinahme finden teine Anwendung, vielmehr ift in ben Formen der gewöhnlichen Geschung zu verfahren.

2) Benn in Staaten, wo zwei Rammern befteben, Diefer Weg teine Vereinigung herbeiführen follte, fo tveten biefe zufammen, um in einer Berfammlung burch einfache Stimmenmehrheit bie erforder-

lichen Befchluffe gu faffen.

Nobrigens bleibt es den gegenwärtigen Organen der Landesgeseigebung unbenommen, sich darüber, daß die gebachten Abanderungen durch eine neu zu mahlende Lansbesversammlung vorgenommen werden, zu vereinbaren, für welche Vereinbarung die Bestimmungen unter 1) und

2) gleichfalls maggebend find.

Sind in der bezeichneten Frift die betreffenden Gefete nicht erlaffen, fo hat die Reichsgewalt die Regierung des einzelnen Staates aufzufordern, ungefäumt auf Grundlage des Reichswahlgesets eine aus einer einzigen Rammer bestehende Landesversammlung zur Revision der Landesverfaffung und übrigen Gefetgebung in Uebereinzstimmung mit den Beschlüffen der Nationalversammlung zu berufen.

Frankfurt, ben 27. December 1848.

Der Reich & verwefer Grzherzog Johann.

Die Reichsminifter

S. v. Sagern. v. Peucler. v. Bederath. Duchwig. R. Mohl.

Digitized by Google



